

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 253.

Freitag, den 28. Oktober 1910.

17. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“.

Von Goldes Gnaden.

Der gemäßregelte Regierungsrat Martin hat bekanntlich wieder einen seiner losen und häufig zusammengekauften Bände herausgebracht. Nach seiner Art werden da allerlei Vorgänge des öffentlichen Lebens oberflächlich und phantasiestofflich abgehandelt. Nur ein Stück des Buches ist von allgemeinem Interesse, der Verfasser erwirbt sich das Verdienst, die leeren Zahlen der preussischen Vermögens- und Einkommensstatistik mit Namen und Leben auszufüllen. Auf Grund der amtlichen Zahlen unter Zuhilfenahme seiner Personalkenntnisse, läßt Martin die reichsten Leute vor uns aufmarschieren und schildert die zum Teil märchenhafte Entwicklung des Vermögens und Einkommens in den letzten Jahren. Um den Thron des Monarchen von Gottes Gnaden scharen sich die Monarchen von Goldes Gnaden.

Zum Trost der Monarchisten kann jetzt festgestellt werden, daß dank der Bereitwilligkeit des preussischen Dreiklassenhauses Wilhelm II. ein größeres Einkommen bezogen als seine goldenen Freunde, ein höheres selbst als Berta Krupp, die mit 17 Millionen jährlichem Einkommen an der Spitze aller Einkommen-Millionäre steht. Man kann auf die verschiedenste Weise Hochmillionär werden. Man kann Goldgeschäfte, Spekulation treiben wie die großen Bankiers. Man kann Kanonen und Panzerplatten fabrizieren lassen wie Krupp. Aber auch durch An- und Verkauf von Baumwollwebereien kann man wie Herr James Simon in Berlin, der Kunstspender Wilhelms II., jährlich 72 Millionen Mark umsetzen und 4 Millionen Mark jährlichen Reingewinn erzielen. Die Elektrizitätsindustrie der Siemens und Rathenau floriert nicht minder wie der Kohlenhandel des Herrn Fritz Friedländer. Ungezählte Millionen fließen auch aus der Terrainpekulation und dem Großgrundbesitz. Schließlich kann man auch alle diese nährbringenden Tätigkeiten vereintigen, und dann ist man schließlich Magnat, Industrieller, Aufsichtsrat und Terrainwucherer.

Die größten Vermögen besitzen heute — nachdem der Frankfurter Rothschild 1901 mit Hinterlassung eines Vermögens von 266 Millionen gestorben, das Frankfurter Haus sich auflöste und der Schatz sich in der Familie international verteilte — Berta Krupp 187 Millionen, Fürst Henckel von Donnersmarck 177 Millionen, Herzog v. Ujest 151 Millionen, Freiherr v. Goldschmidt-Rothschild 105 Millionen, Fürst Pleß 84 Millionen Mark. Die größten Jahreseinkommen bezogen im Jahre 1908: Berta Krupp 17 Millionen, Henckel von Donnersmarck 12 Millionen, Ujest 7 Millionen, Graf Thiele-Winkler 5 bis 6 Millionen, Freiherr v. Goldschmidt-Rothschild 3 bis 4 Millionen, der Kasseler Kommerzienrat Henschel 3 bis 4 Millionen, Ernst v. Mendelssohn 3,27 Millionen Mark. Geographisch verteilt sich der preussische Reichtum auf Groß-Berlin, Schlesien, Rheinland-Westfalen (Essen, Elberfeld, Mülheim, Düsseldorf), Hessen-Kassau (Frankfurt, Wiesbaden, Kassel).

Die ungeheuerste Entwicklung der Vermögen und Einkommen zeigen die schlesischen Magnaten, wie denn Schlesien auch politisch das mächtigste Gebiet Deutschlands ist, da sich hier Feudal- und Geldadel, Großgrundbesitz und Industrie, Spekulantentum und katholische Kirche in denselben wenigen Personen vereinigt; der Verfall des Zentrums als einer Volkspartei ist schlesischen Ursprungs. Auch die regierenden deutschen Fürsten sind ober-schlesische Grundbesitzer, Freunde, Standesgenossen und Jagdgefährten der schlesischen Magnaten. Fast die Hälfte von Oberschlesien, rund 420 000 Hektar, gehören 120 Familien; gewöhnlichen Adligen 70 520, Baronen und Freiherren 11 458, Grafen 117 707, Fürsten und Herzögen 198 616, Königen (Preußen, Sachsen, Württemberg) 21 635 Hektar. Der größte Besitzer von Land ist der Herzog v. Ujest mit 42 000 Hektar, also mehr als 7 Quadratkilometer, über die auch Fürst Pleß und neuerdings Graf Thiele-Winkler, nachdem die Besitzungen des Fürsten zu Stolberg-Bernigrode in seinen Besitz übergegangen sind, allmächtig herrschen. Der reichste Mann Oberschlesiens ist jetzt Fürst Henckel v. Donnersmarck. Vor 15 Jahren hatte er erst ein Vermögen von nur 62 Millionen, jetzt ist es mehr wie 177 Millionen; das ist eine Steigerung um das Dreifache. Binnen drei Jahren, von 1905 bis 1908, hat sich sein Vermögen von 120 auf 177 Millionen gesteigert. Sein Einkommen betrug 1896 3 Millionen, 1906 9 Millionen, 1908 und 1909 12 Millionen — eine Verdreifachung in 13 Jahren; gegen 1894 sogar mehr als das Sechsfache. Dagegen erscheint der vordem reichste Oberschlesier Fürst Pleß fast ein armer Mann. Er besaß im Jahre 1895 84 Millionen Vermögen, das bis 1902 auf 92 gestiegen, 1908 aber wieder auf 84 gesunken war; und während er 1902 4 Millionen jährliches Reineinkommen hatte, muß er sich jetzt mit der Hälfte, mit 2 Millionen begnügen. Dagegen

wächst Vermögen und Einkommen des Herzogs von Ujest lawinenartig. Er hatte 1895 45 Millionen Vermögen, 1897 60, 1905 100, 1908 151 Millionen; entsprechend wuchs das Einkommen: 1892 1,8, 1909 7 Millionen. Sowohl bei Henckel v. Donnersmarck wie bei dem Fürsten Ujest haben industrielle Gründungen im wesentlichen den Aufschwung hervorgerufen. So stürmisch entwickelten sich die reinen Industriellen nicht. Der Kasseler Lokomotivfabrikant Henschel hatte im Jahre 1895 25 Millionen „gespart“, die bis 1908 erst auf 46 gestiegen waren; sein jährliches Einkommen betrug in den Blütejahren 1902, 1903 4 bis 5, jetzt nur 3 bis 4 Millionen. Zu den jüngsten Industrievermögen gehören die beiden Gewaltigen von Mülheim an der Ruhr, August Thyssen und Hugo Stinnes. Thyssen besaß 1897 lumpige 18 Millionen, 1899 schon 25 Millionen, 1908 45 Millionen. In der gleichen Zeit war das Vermögen von Stinnes von 9 auf 30 Millionen gestiegen. Das jährliche Einkommen von Thyssen betrug 1909 2 900 000 Mk., von Stinnes 950 000 Mk.

Die politische und soziale Macht, die diese Akkumulatoren des Nationalvermögens ausüben, ist unübersehbar. Sie bilden ein unendlich verzweigtes Syndikat mit allen herrschenden Mächten: mit den Königen und der Kirche, mit der Bürokratie, den bürgerlichen Parteien und deren Presse. Sie handeln mit Baumwolle und öffentlicher Meinung, mit Industriepapieren und städtischen Grundstücken, mit Getreide und Kohlen, mit Holz und Eisen, mit Religion und Patriotismus. Sie sitzen im Reichstag, im Abgeordnetenhaus, im Herrenhaus. Wenn Herr Thyssen in Mülheim besetzt, so hauen und schießen die Berliner Schutzleute in Moabit ein ganzes Stadtviertel zusammen, und wenn ein ober-schlesischer Magnat mit schlesischen Gästen jagt, so werden dabei nicht nur Hasen, sondern vielleicht auch politische Rechte niedergeschossen. Ein einzelner Mann wie der Graf v. Thiele-Winkler hat feinerzeit wesentlich dabei geholfen, um den Schatz der preussischen Bergarbeiter zu verkrüppeln; und das Zentrum war sein treuer Bundesgenosse bei diesem Werk.

Herr Martin hat nur die preussischen Monarchen von Goldes Gnaden gebucht. Sie sitzen auch außerhalb Preußens. Die Fürst zu Fürstenberg, die Thurn und Taxis und manche andere gesellen sich zu diesem Goldfürstentum, der auch schließlich die Armeen beherrscht. Und alle diese Einkommen-Millionäre lassen die Steuern für des Reiches Herrlichkeit von der Masse derer zahlen, die keinen Pfennig an Vermögen besitzen und ein paar hundert Mark jährlich mühselig erarbeiten. Sie bezahlen gar keine oder nur eine lächerlich niedrige Vermögenssteuer, und ehe sie etwas von ihrem Erbe abzwacken lassen, lieber soll der Bettler das Reich erhalten, der Steuern muß, wenn er ein Glas Bier trinkt, und doppelten Tribut entrichtet, wenn er mit einem Streichholz eine armselige Pfeife schlechten Tabaks anzündet.

Dennoch sind diese Kapitalfürsten nicht nur Ausbeuter und Unterdrücker, sondern auch die Vorarbeiter der Volksbefreiung. Sie häufen im Grunde nur den Sprengstoff ihres Untergangs an, sie organisieren ihre eigene Zerkünderung. Die in wenigen Händen aufgeschichtete Macht läßt sich ebenso leicht, ohne daß eine Lücke oder eine Hemmung entsteht, in den Besitz der Allgemeinheit überführen, wie der junge Mann von Portugal gezwungen wurde abzureisen, ohne daß der Verlust dieses geschätzten Einwohners von anderen gespürt wurde als von den Parasiten, die von seiner leeren Würde schmarröhten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Hansabund und Bund der Landwirte.

Zwischen den Vertretern dieser beiden politisch wirtschaftlichen Organisationen ist es am Sonntag in der Nähe von Koblenz zu heftigen Zusammenstößen gekommen. Die Landbändler hatten dort eine Versammlung veranstaltet und es begann nun ein lebhafter Streit um die Bauern. Der Bund der Landwirte erlebte eine scharfe Niederlage, denn die Versammlung verurteilte mit Entrüstung die demagogische Kampfesweise der Landwirte, die auf eine Verschärfung der politischen Gegensätze unter den Parteien hinauslaufen.

Scharfmacherische Abgabe an die Jungliberalen.

Auf der Tagung der Jungliberalen glaubte deren Führer Dr. Fischer-Köln, dem Vornam der Industrie-feindlichkeit damit entgegenzutreten zu können, daß er betonte, auch führende Industrieller-Organisationen, wie Hansabund und Bund der Industriellen hätte sich für die Einführung der direkten und geheimen Wahl in Preußen erklärt. Mit dieser Argumentation hat Dr. Fischer bei den Scharfmachern aber kein Glück, denn in einer Zuschrift an die „Post“ wird ihm klar gemacht, daß er den Hansabund nicht als eine industrielle Organisation in An-

spruch nehmen dürfe. Für Rheinland und Westfalen kämen nur die dortigen industriellen Verbände in Frage, die dem Zentralverband deutscher Industrieller angeschlossen sind. Diese aber stehen nicht auf dem Standpunkt der Jungliberalen. Außerdem müsse dem Hansabund eine führende Stellung in der Industrie umso mehr bestritten werden, als er sich immer mehr im ausgesprochenen Gegensatz zu den in der Industrie vorhandenen Anschauungen gestellt habe.

Fortschrittliche Blockgegner.

Die von dem Abg. Bassermann in Kassel so heiß ersehnte Erneuerung des Bismarck-Blocks findet nicht den Beifall der Fortschrittlichen Volkspartei. Herr von Payer, der württembergische Kammerpräsident, erklärt in der „Frankfurter Zeitung“:

„Es ist noch für lange Zeit die Aufgabe des Liberalismus, in der Opposition zu verharrten und nicht Regierungspartei zu werden. Zu diesem Ziel gelangt sie nicht durch fortgesetztes Baktieren mit den Konservativen, sondern dadurch, daß sie durch Zahl, Arbeit und Kraft eine solche Stellung sich schafft, daß man an ihr nicht vorbeigehen kann. Dazu ist aber eine klare, entschlossene Politik notwendig, die in dem alten Bismarckblock nicht zu finden war. Für die Volkspartei ist jedenfalls die Geschichte des Blocks endgültig abgetan. Nie ist die Lage klarer gewesen als jetzt: die Regierung wartet ab; sieht die Linke, richtet sie ihre Politik danach, siegt die Rechte, bleibt alles, wie es ist — man nennt das Konstitutionell!“

Diese Auslassungen benutzt der „Reichsbote“ dazu, den Nationalliberalen klar zu machen, daß es das Beste sei, sich mit den Konservativen und dem Zentrum zu verständigen, um gemeinsam mit diesen Parteien eine „nationale“ Politik zu treiben.

Die Steuereinnahmen steigen.

In einem offiziellen Bericht über die Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 1910 wird hervorgehoben, daß bei den im Jahre 1906 geschaffenen Steuern die erzielten Einnahmen die Voranschläge durchgehend übersteigen. So habe in der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres der Frachtkundenstempel 7,7 Millionen Mark erbracht, während der halbe Etatsjahrs sich nur auf 7,4 Millionen Mark beläuft. Noch größer ist der Überschuß der Einnahme aus der Personalfahrkartensteuer. Der halbe Etatsanfang macht für sie 9,3 Millionen Mark aus, in Wirklichkeit sind aus ihr aber in der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres 10,9 Millionen Mark, also 1,6 Millionen Mark mehr, aufgekomen. Der Stempel für die Kraftfahrzeugkarten hat in der ersten Hälfte 1,9 Millionen Mark abgeworfen, während der ganzjährige Ansatz sich auf nicht viel mehr beläuft. Der halbe Etatsanfang für den Stempel auf Vergütungen an Aufsichtsratsmitgliedern macht nicht ganz 3 Millionen Mark aus; es sind aber 2,7 Millionen Mark tatsächlich vereinnahmt. Am größten aber ist der Überschuß bei der Erbschaftsteuer. Bei ihr ist der halbjährliche Etatsanfang von 17 Millionen Mark durch die tatsächliche Einnahme von 20,6 Millionen Mark um 3,6 Millionen Mark überflügelt.

Diese Mehreinnahmen erreichen die ursprünglichen Veranschlagungen der Steuern noch bei weitem nicht, denn sie sind eben nur „Mehreinnahmen“, weil der Etatsanfang von Jahr zu Jahr ermäßigt wurde. Immerhin läßt die Höhe der Einnahmen bei den Verbrauchssteuern auf wesentlich belebtere Geschäftstätigkeit gegenüber den letzten Jahren schließen.

Zur Fleischnot.

Der Scherpreß wird aus München telegraphiert, daß sich der bayerische Landwirtschaftsrat, eine agrarische Körperschaft, damit einverstanden erklärt hat, daß zur Linderung der Fleischnot vorübergehend bestimmte Mengen Fleisch aus dem Ausland eingeführt werden. Dagegen ist der bayerische Landwirtschaftsrat gegen jede Erleichterung der Einfuhr von Schlachtvieh. Es ist nun abzumachen, was die bayerische Regierung machen wird. Der Beschluß des Landwirtschaftsrats, nur Fleisch, nicht aber Vieh aus dem Ausland hereinzulassen, hat zunächst eine Spitze gegen die Fleischer, die umgekehrt verlangen, daß Vieh, nicht aber Fleisch eingeführt werden soll. Der Bevölkerung kann es natürlich gleichgültig sein, ob die Einfuhr von Fleisch oder von Vieh gestattet wird. Die Hauptfrage ist, daß eine Beseitigung der Fleischnot erzielt wird. Nun aber eine andere Frage! Die preussische Regierung hält nach wie vor an ihrem Standpunkt fest, daß eine Fleischnot ebenfalls nicht existiere, daß sie zweitens eine vorübergehende Erleichterung sei und daß sie drittens nicht beseitigt werden kann durch Einfuhr von Fleisch oder Vieh aus dem Ausland. Wenn nun die bayerische Regierung in der gegebenen Weise vorgeht, dann wird es für die preussische Regierung allerdings schwierig sein, ihren jetzigen Standpunkt auch noch weiterhin zu begründen und beizubehalten.

Einschränkung der Redefreiheit im Reichstag.

In der bürgerlichen Presse wird Stimmung dafür gemacht, gleich beim Zusammentritt des Reichstags die Beratungen zu kontingentieren. Man weist darauf hin, daß im Reichstag ohnedies zuviel geredet werde und daß zu erwarten sei, daß im kommenden Winter in der Hauptsache nur Wahlreden gehalten werden. So wird empfohlen, daß eine zweite Rednergarnitur nur bei besonders wichtigen Fragen noch zugelassen werden solle. So richtig es auch ist, daß die bürgerlichen Parteien sehr häufig lediglich Wahlkreispolitik treiben, so sehr muß es bekämpft werden, daß versucht wird, die Redefreiheit im Reichstag einzuschränken.

Das Schifffahrtsabgaben-Gesetz.

Der Gesetzentwurf betreffend den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schifffahrtsabgaben ist dem Reichstag zugegangen. Artikel 54 der Reichsverfassung wird ein Absatz 4 zugefügt folgenden Wortlauts:

„In allen Häfen und auf allen natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für solche Werke, Einrichtungen oder sonstige Anstalten erhoben werden, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind. Diese Abgaben, sowie die auf künstlichen Wasserstraßen zu erhebenden Abgaben dürfen bei staatlichen und kommunalen Anstalten oder Wasserstraßen, die zur Herstellung und Erhaltung erforderlichen Kosten nicht überschreiten. Als Kosten der Herstellung gelten Zinsen und Tilgungsbeiträge für die aufgewendeten Kapitalien. Der Vermessung von Befahrungswegen könne im Bereiche der Binnen-Schifffahrt die Gesamtkosten für eine Wasserstraße, ein Stromgebiet oder Wasserstraßenzüge zugrunde gelegt werden. Auf die Flößerei finden diese Bestimmungen insoweit Anwendung, als sie auf schiffbaren Wasserstraßen betrieben wird.“

Ferner wird noch hinzugefügt:

„Die Herstellungs- und Unterhaltungskosten für Anstalten, welche nicht zur Erleichterung des Verkehrs, sondern auch zur Förderung anderer Zwecke und Interessen bestimmt sind, dürfen nur zu einem verhältnismäßigen Anteil durch Schifffahrtsabgaben aufgebracht werden.“

Schifffahrtsabgaben werden erhoben auf dem Rhein, der Weser und der Elbe, ferner auf dem Neckar ab Heilbronn, auf dem Main von Nischaffenburg ab, auf der Aller von der Leinmündung ab, auf der Fulda von Kassel ab und auf der Saale von der Mündung des geplanten Kanals von Leipzig aus. Für jeden der drei genannten Ströme wird je ein Strombauverband geschaffen. Zunächst soll der Rhein zwischen Straßburg und Sondernheim und zwischen Mannheim und St. Goar vertieft werden. Der Main wird zwischen Nischaffenburg und Offenbach ebenfalls vertieft. Der Neckar wird von Heilbronn aus kanalisiert. Ähnlich sollen auch die Nebenstraßen der anderen Ströme entweder in ihrer Fahrbarkeit erweitert oder erst fahrbar gemacht werden. Für jeden Stromverband wird ein Ausschuß eingesetzt, in welchem die beteiligten Staaten vertreten sind. Den Vorsitz in allen Ausschüssen führt Preußen. Diesen Ausschüssen stehen außerdem Strombeiräte zur Seite, welche aus den Kreisen der Interessenten gewählt werden. Für die Schifffahrtsabgaben sind fünf Tarifklassen vorgesehen. Die Abgaben steigen von 0,02 Pfg. in fünf Stufen bis 0,1 Pfg. pro Tonnenkilometer.

In der Begründung wird hervorgehoben, daß der Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes eines der wirksamsten Mittel zur Förderung des nationalen Wirtschaftslebens und deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der inneren Politik sei. Die Hindernisse, die dem Ausbau der Wasserstraßen bisher im Wege standen, liegen hauptsächlich in der Frage der Kostendeckung. Es sei ganz berechtigt, wenn man zu diesen Kosten jene Kreise heranziehe, die direkt den größten Vorteil von der Benutzung der Wasserstraßen haben. Von entscheidender Bedeutung ist ferner der Umstand, daß die Steuerkräfte für die Bedürfnisse des Reiches und der Bundesstaaten derart angespannt sind, daß der Verzicht auf die Heranziehung der nächstbeteiligten zu Beiträgen für Schifffahrtsverbesserungen immer mehr erschwert und schließlich ganz unzulässig gemacht wird. Von Preußen muß jedenfalls gesagt werden, daß es für die fernere Verbesserung seiner natürlichen Wasserstraßen ohne Erhebung von Schifffahrtsabgaben keine Mittel aufwenden kann. Aber die Frage, ob die neue Fassung des Artikels 54 eine teilweise Änderung der Verfassung darstellt, bedarf es keiner weiteren Erörterung, weil die Vorlage im Bundesrat einstimmig angenommen worden ist. Die Erhebung der Schifffahrtsabgaben für die ganze Strecke ohne Rücksicht darauf, ob kostspielige Einrichtungen benutzt werden oder nicht, rechtfertigt sich daraus, daß die Barkosten und der Unterhaltungsaufwand bei Wasserstraßen abschnittsweise sehr verschieden sein kann und deshalb eine Berechnung nach Stromrecken eine Unmöglichkeit ist. Die Abgaben für die Benutzung von Hafenanlagen bleiben neben den Schifffahrtsabgaben bestehen.

Pfarrer und Unternehmertum.

Die Worte aus dem kommunistischen Manifest: „Die Bourgeoisie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten in bezahlte Lohnbedienten verwandelt“, beschäftigen sich naturgemäß da am deutlichsten, wo der Kapitalismus seine höchsten Stufen erreicht hat; ganz besonders unter der Herrschaft der rheinisch-westfälischen Industriebarone. Das mußte auch der evangelische Pfarrer Wittmer in Schwelm erfahren. Während der großen Metallarbeiter-Aussperrung in Hagen-Schwelm hatte er von der Kanzel herab eine leise Kritik des ausschweifenden Unternehmertums gewagt. Das mußte geübt werden. Zunächst erschienen in der bürgerlichen Presse heftige „Eingekandt“ gegen Wittmer. Ferner wurde gegen ihn eine Beschwerdebuchung an das Konsistorium gerichtet, die bemerkenswerterweise auch von ersten Freisinnigen unterzeichnet war. Das Konsistorium erwiderte dem auch pflichtschuldigst dem Pfarrer Wittmer einen Verweis. Weiter soll ihm nahe gelegt worden sein, er möge sich um eine andere Stelle bemühen.

Der Staatssekretär v. Tirpitz über die Flottenrüstungen.

Die deutsche Marineverwaltung hat jüngst dem Engländer Mr. Leyland eine Befragung der deutschen Verhältnisse gestattet, um sich von dem Umfang der deutschen Flottenrüstungen eine Vorstellung machen zu können. Seine Eindrücke hat Mr. Leyland in einem amerikanischen Blatte veröffentlicht. Darüber ist es in der englischen Presse zu einer Diskussion gekommen und ein Vertreter des „New York Herald“ hat jetzt den Staatssekretär v. Tirpitz direkt über die deutschen Flottenpläne gefragt. Herr v. Tirpitz erklärte, Deutschland habe keinen Grund, seine Schiffsbauten geheim zu halten, denn die deutsche Flotte diene nicht dem Angriff, sondern der Verteidigung. Das Flottengesetz, das den Bauplan enthalte, sei übrigens allgemein bekannt. Was auf den deutschen Werften vor sich gehe, geschehe in voller Öffentlichkeit. Gerade deshalb, weil die deutsche Marineverwaltung nichts zu scheuen habe, habe sie auch dem Engländer auf seinen Wunsch die Befragung der Werften gestattet.

Zu der Justizkommission

entspann sich in der Donnerstags-Sitzung von neuem eine Debatte über die Rechte des Reichstags. In erster Lesung wurde in einem neu eingefügten § 106a bestimmt, daß in den Geschäftsräumen einer gesetzgebenden Körperschaft Hausdurchsuchungen oder Beschlagnahmen nur unter Zustimmung des Vorsitzenden dieser Körperschaft vorgenommen werden dürfen. Der Staatssekretär Lisco erklärte wieder einmal, daß die Aufrechterhaltung dieses Beschlusses die Strafprozessreform für die verbündeten Regierungen unannehmbar machen würde. Trotzdem stimmten 16 Mitglieder der Kommission für die Beibehaltung dieses Beschlusses, dagegen stimmten nur die Konservativen und Nationalliberalen, die auf „Anregung“ der Regierung die Streichung des neuen § 106a beantragten, ferner ein Mitglied.

Dagegen lehnte die Kommission alle von unseren Genossen gestellten Anträge ab, durch welche die beherrschbaren und ungemein gefährlichen Bestimmungen über die Untersuchungshaft aus Flußverdachts- oder Kollisionsgründen wesentlich eingeschränkt und verbessert werden sollten.

Beim § 116 wurde, gegenüber dem Beschluß erster Lesung, das Beweisrecht der verhafteten Verdächtigen wieder wesentlich eingeschränkt.

Die badische

Regierung gegen die Sozialdemokratie.

Zu der Maßregelung des Oberamtmanns Arnspurger erläßt die badische Regierung in der Donnerstag-Nummer der „Karlsruher Zeitung“ folgende Erklärung:

„Die badische Regierung war und ist der Ansicht, daß bei den nächsten Reichstagswahlen zur Verhütung eines weiteren Anwachsens der sozialdemokratischen Vertretung ein Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien dringend erwünscht ist. Oberamtmann Arnspurger hat in einer politischen Versammlung Stellung gegen diese Anschauung genommen, indem er ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Konservativen für abschbare Zeit als ausgeschlossen bezeichnete und nach Hinweis auf die Tätigkeit einiger evangelischer Geistlicher im Landbezirk Karlsruhe mit der Aufforderung geschlossen hatte, keinesfalls mit Geistlichen und Junkern zusammenzugehen. Im Landbezirk Karlsruhe sind aber die Konservativen sehr zahlreich und bilden ein staatsrechtliches Element von besonderer Bedeutung. Unter diesen Umständen hat die Regierung ein Verbleiben des Oberamtmanns Arnspurger in diesem Bezirk nicht für tunlich erachtet und hat seine Versetzung in einen anderen Bezirk herbeigeführt. Eine Strafverfolgung liegt weder in beamtenrechtlichen Sinne, noch in tatsächlicher Beziehung vor. Die Entschließung der badischen Regierung beruht auch nicht auf einem Wechsel ihrer Anschauungen, noch weniger auf Berliner Einflüssen.“

Diese Kundgebung der Regierung richtet sich gegen die Sozialdemokratie des Wahlkreises Karlsruhe-Bruchsal, der zurzeit durch den Sozialdemokraten Adolf Gock vertreten ist. Dieser Wahlkreis will man unter allen Umständen der Sozialdemokratie entreißen, daher die Begünstigung der Konservativen, die übrigens in diesem Wahlkreise nicht die Bedeutung haben, die ihnen die Regierung zuschreibt.

Wenn das nicht hilft!

Die Frankfurter „Kleine Presse“ berichtet: „Der Landtagsabgeordnete Kommerzienrat Bartling, der sich im zweiten Nassauischen Wahlkreise als Reichstagskandidat wieder aufstellen läßt, hat dem Wahlfonds der nationalliberalen Partei 150 000 M. überwießen.“

Wenn man viel Geld hat, kann man sich das Vergnügen leisten, sich eine Reichstagskandidatur 150 000 Mark kosten zu lassen. Ob aber ein Reichstagsmandat für den Herrn Kommerzienrat dabei herauskommen wird, ist fraglich. 1907 wurde das Mandat für den Wahlkreis Wiesbaden von unserm Genossen Lehmann zwar erst in der Stichwahl erobert. Aber in der gegenwärtigen Situation dürfte die Rückeroberung den Nationalliberalen doch schwerlich gelingen.

Von einer Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei wurde als Reichstagskandidat für Wiesbaden der Vorsitzende des Hanfverbandes für Nassau, Albert Sturm in Wiesbaden, aufgestellt.

Das Landtagsmandat für Hirschberg (Schles.)

dürfte den Fortschrittlichen verloren gehen. Abg. Wagner war nur mit 190 gegen 182 Wahlmänner-Stimmen gewählt; jetzt wird nun gemeldet, daß sich Konservative und Nationalliberale auf den früheren nationalliberalen Abg. Seydel geeinigt haben. — Die Verbrüderung zwischen Konservativen und Nationalliberalen ist in Niederschlesien nichts Neues. Infolge dieses Zusammengehens hielten sich beide Parteien 1908 auch die drei Mandate des Wahlkreises Görlitz-Lauban.

Konservative und Nationalliberale.

Die Konservativen fangen an, zu triumphieren. Die „Konservative Korrespondenz“ vom 25. Oktober enthält einen Leitartikel, der wie folgt beginnt:

„In einem Zeile der liberalen Parteien und ihrer Presse macht sich zurzeit, nach fast 1/2-jährigen unerhörten Beschimpfungen der konservativen Partei eine gewisse Ernüchterung bemerkbar. Man fängt an, zu empfinden, daß man zu weit gegangen ist und würt das Brennen der Wunde, welche der zurückgepreßte Pfeil dem eigenen Körper bereitet hat. Bezeichnend für das Wesen des Liberalismus ist es nun, daß man die Bedingungen für eine wiederzuzubeharrende Verständigung selbstherrlich vor-

schreiben zu können glaubt und es als selbstverständlich betrachtet, daß alle Opfer zu diesem Zwecke, wie stets von konservativer Seite gebracht werden.“

Im weiteren Verlauf des Artikels versucht nun die „Konservative Korrespondenz“ den rechnerischen Nachweis zu erbringen, daß die Liberalen stets profitiert haben, wenn sie mit den Konservativen zusammengingen, und sie schließt ihren Artikel mit folgenden, für die Liberalen nicht gerade verheißungsvoll klingenden Sätzen:

„Wie der Liberalismus für die ihm jahrzehntelang geleisteten Wahlfürsorge dankt, braucht nicht erörtert zu werden. Umso nötiger aber wird es sein, aus seinem Verhalten die nötige Nutzenwendung für die Zukunft der eigenen Partei zu ziehen. Selbstverständlich ist auch ferner die bedingungslose Unterstützung gegen den Umsturz; doch wird die Erkenntnis, daß dessen Bekämpfung am besten durch weitere Ausdehnung der eigenen Parteiemacht erfolgt, auch wenn diese auf Kosten des Liberalismus vor sich geht, in keiner Weise getrübt werden dürfen. Zweifellos hat der Liberalismus, die verhältnismäßige Stärke seiner Stellung, die er jetzt zur Beschimpfung der konservativen Partei mißbraucht, nur deren früheren Lattit zu danken; das wird man nicht verzeihen dürfen, wenn er jetzt mit Gönnermiene das alte Spiel von neuem beginnen möchte.“

Frankreich.

Der Eisenbahnerstreik vor der Kammer.

In der Kammer wurde nach Wolff gestern die Beprechung der Interpellationen über den Eisenbahnerstreik fortgesetzt. Roguon (Soz.) kritisierte die Verhaftungen und die Verwendung des Heeres bei den letzten Umständen. Castelin (Unabh. Rad.) verlangte die Einrichtung eines obligatorischen Schiedsgerichts und bat die Regierung, nicht unbarmherzig zu sein gegen die Eisenbahnarbeiter, die ein Recht ungeachtet angewendet hätten, das man erst lernen müsse. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Millerand wies den der Regierung und dem Parlament gemachten Vorwurf der Sorglosigkeit zurück, wodurch man den Streik entschuldigen möchte; er erklärte, der Streik sei ausgebrochen, während man sich mitten in Unterhandlungen befand, und habe begonnen, nachdem am Tage zuvor die Nordbahn-Gesellschaft einen Mindestlohn von fünf Franks bewilligt und trotzdem der Minister alle von ihm den Angestellten der Staatsbahnen gegebenen Versprechen gehalten habe. Die Regierung habe sich von Anfang an einem wohlausgearbeiteten Sabotage-Plan gegenüber gesehen. Millerand verlas sodann eine Broschüre, in der die Eisenbahner aufgefordert werden, Gruppen zu bilden, die entschlossen seien, sofort nach Ausbruch des Streiks das Eisenbahnmateriale für mehrere Tage unbrauchbar zu machen. Die Broschüre sei vom Syndikat unterzeichnet. Keiner der angeführten Gründe rechtfertige den Streik; er sei der Versuch zu einer Mobilisierung der Eisenbahner für einen politischen Streik gewesen. (?) Der Minister schloß, nachdem er auf die Besserung der Lage der Eisenbahner hingewiesen hatte, mit der Erklärung, die Regierung könne nach Briands und seinen Worten das Urteil der Kammer abwarten. (Lebh. Beifall links, im Zentrum und bei einem Teil der Rechten.) Bouveri (Unif. Soz.) griff Briand, der einst selbst zugunsten des Generalstreiks gesprochen habe, heftig an. Wir flehen Sie damals nach Chalons kommen, rief er, und bezahlten Ihre Reise. Ministerpräsident Briand erwiderte: Ich kam damals als Advokat und war immer uneigennützig ein Advokat der Niedrigen. Ich gab gelegentlich über die sozialistische Partei, die damals geteilt war, Erklärungen und befand mich mit Millerand und Jaures, die damals von ihren heutigen Freunden geschmäht wurden, unter den Reformisten. Ich habe das Bemühen, immer der Republik und den Arbeitern gedient zu haben. (Beifall.) Bouveri deutete im Verlauf seiner weiteren Darlegungen an, die Bomben könnten auf Befehl Briands von der Polizei gelegt worden sein. (Widerspruch.) Vincent (Rad. Soz.) legte sodann Bewahrung gegen die Entlassungen ein, man solle die Befragten nicht zerschmettern. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Ein gemütvoller Assessor.

P. L. In der großen Volksversammlung, die sich am vergangenen Montag abend im Gewerkschaftshaus mit den Gelbenterten in Moabit und im Anschluß daran mit den schweren Ausschreitungen der während des Westarbeiterkampfes auf der Lübecker Maschinenbaugesellschaft beschäftigt gewesen Arbeiterwilligen befaßte, kam auch die Rede auf den sehr eigenartigen Brief eines hiesigen Assessors, der sich mit den Krawallen beschäftigt. Der betr. Versammlungsbericht im „Lübecker Volksboten“ befaßt darüber:

„In seiner Schlußansprache hob der Vorsitzende besonders hervor, daß die Parteinahme sogar juristischer Kreise gegen die für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter schon daraus hervorgehe, daß ein hiesiger Assessor, der in der bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle tätig ist, in einem Briefe an einen hiesigen Wirt zum Ausdruck brachte, daß es gar nicht schlecht gewesen wäre, wenn bei den Ausschreitungen der Streikbrecher einige Augen die Streikenden getroffen hätten. Diese brutale Äußerung kam von einem Manne her, der vielleicht einmal berufen ist, Arbeitern gegenüber „Recht“ zu sprechen.“

Man hätte eigentlich erwarten sollen, daß der Herr Assessor unserm Genossen Edwig für die Bereitwilligkeit, mit der er dessen „Raatsbehaltende“ Ansicht über die Notwendigkeit der wirksamen Beschickung Streikender durch Arbeitswillige weiten Kreisen unserer Bevölkerung unterbreite, dankbar sein würde. Aber wie so oft im Leben ist auch diesmal wieder Undank der Welt Lohn. Was folgende Erklärung beweist, die gestern das dazu besonders berufene Amtsblatt veröffentlicht:

Erklärung. In der Nummer 250 des „Lübecker Volksboten“ vom 25. Oktober 1910 findet sich am Schluß eines Versammlungsberichts eine Notiz, welche sich mit dem Inhalte eines Briefes von mir beschäftigt, denselben abfällig und unter Beleidigungen kritisiert und mit der Rechtsauskunftsstelle in Verbindung bringt.

Demgegenüber stelle ich fest:

1. Die Rechtsauskunftsstelle hat mit dem Brief nicht das geringste zu tun. Es handelt sich um einen Privatbrief, den ich von meiner Wohnung aus schrieb und um Privatinformationen, welche ich aus persönlichem Interesse einog.

Zur Fleischsteuerung.

In Wien ist das erste gefrorene und gekühlte argentinische Fleisch eingetroffen — zunächst nur 21 000 Kilogramm, denen aber Anfang Dezember und Januar größere Quantitäten folgen sollen. Infolge seiner Güte und Billigkeit war das Fleisch schnell verkauft. Die Preise stellten sich nämlich um 30 bis 35 Proz. billiger, als die für österreichisches Fleisch. So kostete zum Beispiel:

- Siedfleisch (vom Hinterteil) 1 Krone 60 Heller das Kilogramm;
- Siedfleisch (vom Vorderbein) 1 Krone 44 Heller das Kilogramm;
- Bratenfleisch (Lungen- und Rostbraten) 1 Krone 80 Heller das Kilogramm.

Die Engrospreise für die Händler sind für Hinterteil 1 Krone 35 Heller, für Vorderbein 1 Krone 20 Heller. Die Detailspreise für minderes Fleisch wurden für Vorderbein mit Zwage auf 1 Krone 30 Heller für 1 Kilogramm, Hinterteil mit Zwage auf 1 Krone 40 Heller festgelegt.

Das Brama-Hammelfleisch stellt sich im Engrosverkauf auf 1 Krone 32 Heller das Kilogramm.

Demnach betrug also der Preis für gutes Ochsenknochfleisch pro Pfund ungefähr 63 Pfg., für gutes Bratenfleisch 70 Pfg. Erfolgt die Einfuhr in größeren Massen, so wird sich voraussichtlich der Preis pro Pfund noch um 10 Pfg. niedriger stellen.

Die Qualität des eingeführten argentinischen Fleisches wird von allen Seiten gerühmt. So berichtet die Wiener Rathauskorrespondenz über die Rostproben, an der das Gemeinderatspräsidium, die Obmänner der gemeindefürsorglichen Klubs, der Präsident der Großschlachtereien und die Sachreferenten des Magistrats teilnahmen, folgendes:

Es wurde argentinisches Fleisch in den verschiedensten Zubereitungen durch den Rathauskellnerwirt Dombacher serviert. Zuerst wurde Suppe aufgetragen, von Rindfleisch, das in heißem Wasser zugelegt, und Suppe von solchem Fleisch, das in kaltem Wasser zugelegt war. Dann folgte das entsprechende Rindfleisch, Suppe und Fleisch nach der ersten Zubereitung erhielten von der Mehrzahl der Gäste den Vorzug. Hierauf wurde Gulasch serviert. Die Beiried wurde verwendet teils als Rostbraten, teils als Rindsteak, teils als Rindbeef. Der Lungenbraten wurde serviert gedämpft in Cremesauce. Vom Schöpfenfleisch, das ob seiner guten Qualität besonderes Lob erntete, wurden Schöpfentotelets und Schöpfensteaks (von der Keule) serviert.

Rathauskellnerwirt Dombacher äußerte sich über das argentinische Fleisch ungefähr wie folgt:

„In meiner Küche wurde das argentinische Fleisch so behandelt wie unser hiesiges Fleisch. Ein Unterschied wurde nur gemacht beim Suppenfleisch, welches teils in heißem Wasser, teils in kaltem Wasser zugelegt wurde. Einen Qualitätsunterschied zwischen den Suppen und dem Fleisch nach beiden Arten konnte ich nicht konstatieren. Das Fleisch hat seine Probe großartig bestanden. Nur war die Zeit etwas kurz. Nach meiner Überzeugung hätte das Fleisch noch vierundzwanzig Stunden nach dem Auflaufen liegen bleiben sollen. Dann hätte das Gulasch abrinnen können und das Fleisch hätte einen nürbereren, fettigeren Charakter angenommen. Ich beschäftige Köche, welche in London tätig waren, argentinisches Fleisch genau kennen und ihm außerordentliches Lob spenden.“

In Deutschland hat sich bekanntlich die Regierung bisher nicht dazu verstanden, die Einfuhr von gekühltem und gefrorenem argentinischen Fleisch zu gestatten — weit wichtiger als die Volksernährung ist ja die Aufrechterhaltung eines möglichst hohen Profits der Agrarier. Billiges gutes Fleisch ist Nebensache. Wer kein

Fleisch kaufen kann, der mag nach der weisen Logik der Regierung Kartoffeln essen: dagegen wäre eine Ermäßigung des Profits der großen Viehzüchter ein gefährliches Experiment, das gegen die heiligsten preussischen Traditionen verstöße.

Aus der Partei.

Breslauer Rechtsprechung.

Am Montag nachmittag hat Genosse Reinhold Dars von der Breslauer „Volksmacht“ auf zwei Monate das dortige Gefängnis beziehen müssen, um eine angebliche Beleidigung von Richtern aus Hohenfalza — die zwei Schuljungen wegen eines unüberlegten Streiches zu je ein Jahr Gefängnis verurteilten — zu „sühnen“. Am Tage vor dem „Feste der Liebe“ werden sich die Gefängnisportalen für den Genossen Dars wieder öffnen, vielleicht nur auf kurze Zeit, denn neue Prozesse stehen ihm bevor. Am 23. Dezember verläßt der Kollege Schiller von der „Breslauer Volksmacht“ das Wohlauer Gefängnis, in welchem er zurzeit eine siebenmonatliche Strafe absitzen muß. Dem zurzeit Verantwortlichen, Genossen Wolff, stehen ebenfalls wieder Prozesse bevor. Bei dieser Gelegenheit macht unser Breslauer Bruderblatt auf die Art und Weise aufmerksam, wie es in Breslau zu Prozessen kommt. Wird irgendwo im Reiche die Handlungsweise eines Richterkollegiums, eines Landrats oder eines Beamten, oder auch eines Privatmannes kritisiert, dann wird der angeblich Beleidigte vom Breslauer Staatsanwalt angefragt, ob er nicht Strafantrag wegen Beleidigung stellen will, was natürlich in den allermeisten Fällen geschieht, hauptsächlich aber dann, wenn es sich um Richter oder Beamte handelt. So war es mit den beleidigten Richtern von Hohenfalza und denen, die über die Bonner Vorurteile zu Gericht saßen. Auf diese Weise passiert es, daß die gleiche Notiz, die in der „Volksmacht“ zu mitunter recht schweren Verurteilungen führt, in der bürgerlichen Presse Breslaus unbeanstandet erscheinen kann. In einem solchen Falle erklärte sogar einmal der Staatsanwalt, als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er die bürgerliche Presse nicht amtlich lese, was bei der „Volksmacht“ aber der Fall ist. So kommt die Breslauer „Volksmacht“ zu Anklagen und Prozessen, obwohl den angeblich Beleidigten die „Volksmacht“ nie vorher zu Gesicht gekommen ist. Und wie die Prozesse in der Regel ausfallen, dafür ist die Breslauer Justiz im ganzen Reiche und weit darüber hinaus nur zu gut bekannt.

Beleidigungsprozess.

Die „Russische Tribüne“ hatte einen Weber Sachse, der aus der freien Turnerschaft zu den Gegnern überließ, charakterisiert, und der Staatsanwalt erhob deswegen Offizialklage. Das Schöffengericht sah den Wahrheitsbeweis als erbracht an und sprach den Redakteur, Genossen Drechsler, frei. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß Sachse, der sich früher als Sozialist bezeichnete, die freie Turnerschaft als sozialdemokratisch bezeichnet hatte. In der Vorvernehmung hatte Sachse unter Eid die Worte: er wolle nicht zeitweilig auf Arbeit gehen, dazu brauche er die Leute (von dem bürgerlichen Turnverein), bestritten, in der Hauptverhandlung mußte er sie nach und nach zugeben. Die Sache kann für den Überläufer also noch böse Folgen haben.

Zur Behandlung politischer Gefangener in Preußen.

Dem Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“, Genossen Markwald, der zurzeit wegen Bringenbeleidigung eine Gefängnisstrafe verbüßt, ist endlich Selbstbestätigung gewährt worden. Bisher hatte die Direktion des Braunberger Gefängnisses unsern Genossen, obwohl er krank ist, dieses vom menschlichen Gesichtspunkte aus selbstverständliche Entgegenkommen verweigert. Die öffentliche Kritik ist also nicht erfolglos gewesen.

Wahltag.

In Frankenhäusen wurde am Mittwoch bei der Ersatzwahl zum Rudolstädter Landtag Genosse Stadterordneter Ernst Finke mit 561 gegen 238 bürgerliche Stimmen gewählt.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung in der Klavierindustrie.

Die Klavierarbeiter haben in Belgien eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt und einen Vertrag bis zum 1. April 1914 abgeschlossen. Die Arbeitszeit dieser Branche war im Verhältnis zu den anderen Orten noch verhältnismäßig lang, sie betrug noch 57 Stunden pro Woche. Da in Belgien rund 800 Klavierarbeiter beschäftigt sind, bedeutete dieses den anderen Klavierfabriken gegenüber eine erhebliche Konkurrenz, über welche sich die Unternehmer anderer Orte oft mit Recht beschwerten, und die dadurch noch schärfer wurde, daß die Löhne sehr niedrig waren. Während der Vertragsdauer und zwar bis zum Jahre 1912 soll nun die Arbeitszeit auf 54 Stunden pro Woche verkürzt werden. Die Stundenlöhne werden neben dem Lohnausgleich um 4 Pfg. insgesamt um 7 Pfg. erhöht. Die Akkordarbeiter erhalten sofort 5 und am 1. April 1912 8 Proz. Lohnzuschlag. Der Mindeststundenlohn wurde auf 44 Pfg. festgelegt. Weiter wurde die Sicherung des Lohnes bei nichttariflichen Arbeiten zugesichert und die sonst üblichen Zuschläge im Verträge festgelegt. Für die Klavierbestandteilebranche, die für Deutschland ihren Hauptstich in Belgien hat, wurde der gleiche Vertrag mit geringen Änderungen ebenfalls abgeschlossen. — Zum Abschluß gebracht werden konnte nunmehr auch die Lohnbewegung in der Hofpianofortefabrik von Gebr. Reorzina in Schwerein. Dort wurde vor wenigen Jahren ein monatelanger Streik geführt, der mit einer vollständigen Niederlage der Arbeiter endete; der ganze Betrieb wurde von Arbeitswilligen besetzt. Die Firma hat mit diesen Leuten jedoch derartig schlechte Erfahrungen gemacht, daß sie es dieses Mal auf einen Kampf nicht wieder ankommen ließ. Sie glaubte, ihren Betrieb dauernd von Verbändlern rein zu halten, mußte aber jetzt erfahren, daß die Arbeiter den Sozialistverband angehören. Sie bewilligte die Forderungen, die eine Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden pro Woche und eine durchschnittliche Erhöhung des Wochenverdienstes von 3 Mk. pro Arbeiter bedeuteten. — In der „Rheinischen Klavierfabrik“ (vorm. Mand) in Coblenz dauert der Kampf unverändert fort, deshalb wird um Fernhaltung des Zuguges gebeten.

Einsichtige Worte.

Einsichtige Worte über die möglichen Folgen einer Niesenaussperrung, wie sie von den deutschen Metallindustriellen vor einigen Wochen geplant war, finden wir in dem Organ der zahllosen Gewerkschaftsrichtungen, im „Regulator“ der Kirch-Dunckerischen Gewerksvereine. Nachdem er die Möglichkeiten des Kampfes und die Vorsichtsmaßregeln seiner Ortsvereine besprochen, lenkt er den Blick auf die Gesamtwirkung einer solchen Aussperrung und sagt:

„Wir haben eingangs gezeigt, wie sich die Unternehmer auf ihre Geldmacht verlassen und auf den Hunger der Arbeiter spekulieren. Aber auch dafür ist gesorgt, daß die Bäume der Großindustriellen nicht in den Himmel wachsen.“

Nehmen wir an, 400 000 Arbeiter sind wirklich ausgesperrt. In drei Wochen schon, da ja immer weitere Erwerbs- und Produktionsgebiete in Mitleidenschaft gezogen würden, wären es sicher schon 800 000 Arbeiter, mit den Angehörigen mindestens drei Millionen Menschen. Glaubt jemand, drei Millionen Menschen verhungern ruhig, ohne sich zu wehren? Dann würde sich die Ordnung lösen, das Privateigentum würde sicher nicht mehr respektiert. Kann man Hunderttausende einsperren, bestrafen oder sonst etwas? Die öffentliche Sicherheit wäre gefährdet, es müßte ja Mord und Totschlag die Folge sein.

Wenn es also die Arbeiter gewisse Zeit aushalten können, durch festgesetzte Organisationen und große Geldmittel, dann würden den Unternehmern ihre großen Privatvermögen auch nichts mehr helfen. Das Staatswohl, das allgemeine Interesse müßte drart vorherrschend werden,

Regine.

Eine Erzählung aus dem Nies von Melchior Meyer.

12. Fortsetzung.

Beide, Mann und Frau, waren auf diese strafende Frage betroffen. Der letztere waren die Ausdrücke des Zornigen doch etwas zu stark gewesen, und sie schwieg daher; aber der Abgewiesene faßte sich und begann mit neuem Grimm: „Sie ist eine —“ Weiter kam er nicht. Regine, die eine Schmähung kommen sah, warf einen funkelnden Blick auf ihn und rief mit aller Kraft der Entrüstung: „Schämen Sie sich!“ Der Mann hielt inne und ließ sie ruhig in die Küche gehen.

Nach einer fernerer Explosion seinerseits und besänftigenden Ersoftworten war setzen der Waise, die uns nicht weiter interessierten, begab sich der Witwer nach Hause und faßte den Voratz, nur eine Ebenbürtige glücklich zu machen.

Der Aufenthalt der jungen Nieserin in Augsburg hatte seine Endschick erreicht. Denselben Tag noch packte sie ein Kistchen mit ihren Sachen, akkordierte mit einem nach Würzburg fahrenden Lohnkutscher und nahm, was ihr für den Dienst gebührte, aus den Händen des Wäckermeisters, der dies von ihr gefordert hatte. Am andern Morgen trat sie reisefertig in die Stube. Der Kutscher fuhr eben an, die Minuten waren gezählt. In ihrem Kämmerlein, in der Stille der Nacht, hatten ihr die Auftritte des Tages doch leid getan. Sie glaubte gegen die Waise, die's am Ende nur gut meinte, zu stark, zu heftig gewesen zu sein, und hatte sich vorgenommen, sie beim Abschied womöglich zu begütigen. Mit sanfter, fast trauriger Stimme sagte sie zu ihr: „Frau Waise, ich bedaure es von Herzen, daß ich so aus einem Hause scheiden muß, wo ich so viel Gutes genossen habe.“ Die Bäckerin erwiderte: „Du hast's nicht anders haben wollen. Nun, such' eben dein Glück wo anders, wenn dir eins bestimmt ist.“

Diese Rede war mit einer kalten Gemessenheit gegeben, die noch immer ein unverdrossenes Herz verriet. Das Mädchen verlegte gleichwohl mit Wärme: „Haben Sie Dank für alles und leben Sie wohl!“ Sie wollte ihr die Hand reichen; die Frau tat, als nähme sie es nicht wahr, und ließ ihren Arm unbewegt; aber die Hand sollte nicht vergebens ausgestreckt sein. Der gute Wäckermeister ergriff sie. In dem

er sie väterlich drückte und Regine dabei so liebevoll ansah, wie man es ihm kaum zutraut hätte, sagte er: „Leb' wohl, Mädchen, und sei auch du bedankt! Wir sind gut versorgt gewesen, solange du im Hause warst, und ich mein', so ein braves, geschicktes und verständiges Mädchen kriegen wir nie wieder. Wenn gute Leute glücklich sind in der Welt, dann wirst du Glück haben! Leb' wohl!“ — „Lebt alle wohl!“ rief Regine, indem sie mit feuchten Augen das Ehepaar, den gleichfalls herbeigekommenen dormaligen Gesellen und den Lehrlingen ansah. „Lebt glücklich und haltet mich in gutem Andenken!“

In wenigen Minuten rollte sie aus dem schönen Augsbürg. Abends, nachdem sie ihre Kiste zu Harburg abgegeben hatte, wanderte sie nach ihrem Dorf.

Ihre unerwartete Ankunft bel den Jhrigen überraschte höchlich; aber das Gespräch mit der Mutter endete nicht so, wie die Waise von Augsburg gedroht, sondern wie's die liebende Tochter prophezeit hatte. Die alte Gröningerin hatte die Verbindung mit dem Bräuer lebhaft gewünscht, aber nie recht daran glauben können. Sogar während sie ihren Brief schrieb, war ein Zwiespalt in ihrem Herzen. Eine reiche Bürgerfrau zu machen, ersahen ihr freilich sehr lockend, und sie stellte sich vor, wie gar manche Heirat eines Witwers in gewissen Jahren mit einem jungen Mädchen schon gut ausgefallen sei. Auf der andern Seite mußte sie sich aber doch auch denken, daß dieser Mann ihrer Regine nicht gefallen werde, und daß dem hübschen und jungen Kind ein hübscher und jüngerer wohl zu gönnen wäre. Sie tröstete sich mit dem bekannten Wort: „Alles kann eben nicht beisammen sein“, und sandte das Mahnschreiben ab, hoffend und fürchtend. Als nun Regine, nach der Begrüßung der Familie, in der oberen Stube ihr erzählte, wie's gegangen sei, und erklärte, sie habe den Mann nicht heiraten können und dürften, es wäre eine Sünde gewesen, wenn sie ihn genommen hätte; denn sie habe nicht bloß gar keine Liebe zu ihm gehabt, sondern er sei ihr zuwider gewesen, sie könne gar nicht sagen wie — da war die alte Bäckerin stumm, und nur ein Seufzer entschlüpfte ihren Lippen. Regine faßte ihre Hand und sagte liebevoll: „Mutter, sei nicht traurig, es ist wahrhaftig nicht der Mühe wert! Ich werde noch einen andern Mann bekommen als so einen! Einige Jahre kann ich immer noch warten, und es möchte ja sonderbar zugehen, wenn grad ich keinen kriegte, den ich auch möchte.“ Die Mutter erwiderte: „Wir wollen das

beste hoffen. — Aber ihr Kinder macht einem Sorgen!“ Nach einer Minute setzte sie resigniert hinzu: „In Gottes Namen!“ Sie sagte der Tochter nichts davon, daß unterdes der Meier auch Witwer geworden sei; denn sie hätte ja hinzuzufügen müssen, daß die Familie schon wieder eine Neue für ihn habe, und sie wollte es lieber dem Zufall überlassen, diese Nachricht an sie zu bringen.

Wenn das Mädchen diesen Abend nichts mehr von dem Meier hörte, so war es doch vom Schicksal beschloffen, daß dieser noch etwas von ihr vernahm. Regine befand sich eben in der untern Stube bei der Familie und streichelte die Kinder ihres Bruders, die sich zärtlich an sie angeschlossen hatten, gewonnen sowohl durch die Liebenswürdigkeit des Wäcker's wie durch einige treffliche Süßigkeiten, welche sie vom Konditor zu Harburg mitgenommen, als ihre rundköpfige Gespielin, Kätter, (Katharina) rasch hereintrat und sie freudig begrüßte. Diese Kätter hatte ihre Ankunft erfahren und konnte aus Anhänglichkeit und Neugier nicht umhin, sie sogleich aufzusuchen. Nachdem sie sich an dem Anblick und dem Benehmen der Freundin gemeldet hatte, sagte sie lächelnd: „Nun, und wie lange wirst du bei uns bleiben?“ — „Hier im Dorfe?“ erwiderte Regine: „Solange wie möglich, immer, wenn sich's schickt.“ — „Wie!“ rief die andere verwundert: „wirst du denn nicht Wirtin in Augsburg?“ — „Ah so!“ verlegte Regine, ihrerseits lächelnd. „Nein, meine gute Kätter, da wird nichts draus. Der Mann ist nicht nach meinem Geschmack.“ „Im Ernst?“ — „Im Ernst“, erwiderte das Mädchen ernsthaft. „Kannst's jedermann sagen, wenn du willst.“

Die Kätter verwunderte sich bedeutend, ließ sich aber diese Erlaubnis nicht zum zweitenmal erteilen. Nach einigen freundlichen Reden und Versicherungen ging sie fort — und eine Stunde später erfuhr der Meier von einer Nachbarin nicht nur, daß die Regine angekommen, sondern daß sie über die Mägen schon geworden sei und daß sie den Augsbürgern Wirt nicht heirate, weil er ihr nicht gefalle.

Als am Sonntag darauf die Schwester erschien, hatte der ländliche Witwer sein Mädchen noch nicht gesehen, denn er trug eine Scheu, die Familie Gröninger zu besuchen; aber auf die Anfragen der beiden Frauen erklärte er, er könne sich noch nicht entschließen, wegen einer neuen Heirat etwas auszumachen. Auch nicht im Geheimen. Es schied sich nicht, jetzt schon wieder an eine andere zu denken, wo sein Weib noch kein Vierteljahr tot sei. Die Sache würde

daß die Staatsgewalt, wenn auch wider Willen, zu Gunsten der Arbeiter dazwischen legen müßte, wollte sie Schlimmeres verhüten. Denn wir wiederholen nochmals: Hunderttausende Arbeiter kann man weder zur Arbeit zwingen, noch einsperren, noch werden solche Massen ruhig verhungern.

Und nach diesen durchaus zutreffenden Worten sagt es: Eine weitere, tiefgreifende Lehre aus dem Verstarbeiterkampf müßten alle Organisationen ziehen: eine dauernde Vereinbarung aller Organisationen für solche außerordentlichen Situationen, wie die Aussperrung Hunderttausender Berufskollegen. Wäre das möglich, würde dies Resultat irgend ein großer Kampf zeitigen, dann würden die Opfer des Kampfes, wenn noch so groß gewesen, nicht umsonst gebracht worden sein. Man sieht, die Brutalität und die Wucht des geplanten Unternehmer Attentats hat auch die Führer der Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine einen tiefen Blick tun lassen in die gähnende Kluft der Klassen, in der nicht mehr die Spur der alten „Harmonie“ zu finden ist. Was man sonst als Ausgeburt sozialdemokratischer Verleumdung und Aufreizung verdammt, das wird hier als notwendige Folge der Unternehmerstreich in Aussicht gestellt. Geht diese Erkenntnis weiter vor sich, dann ist die „dauernde Vereinbarung“ nicht mehr weit, aber — sie wird nach links gerichtet sein.

Der Streik in der Bielefelder Wäscheindustrie nimmt an Ausdehnung zu, da nun auch eine Anzahl Kleinbetriebe in die Bewegung hineingezogen werden. Es wird versucht, in den Kleinbetrieben Streikarbeit anfertigen zu lassen, was eine Arbeitsniederlegung in diesen Betrieben zur Folge hat. Auch haben weitere 30 Schneider die Arbeit niedergelegt. Von den circa 2000 am Streik beteiligten Personen sind noch nicht 100 Arbeiter, die übergroße Mehrzahl sind Arbeiterinnen. Die Fabrikanten haben an ihre Kundenschaft bereits am 22. Oktober ein Rundschreiben geschickt, in dem sie um Verlängerung der Lieferungsfristen ersuchen. Das Schriftstück lautet:

Die unterzeichneten Firmen der Bielefelder Wäscheindustrie machen Ihnen hierdurch die Mitteilung, daß eine allgemeine Arbeitseinstellung unter Vertragsbruch seitens ihrer Arbeiterschaft stattgefunden hat.

Aus diesem Grunde müssen wir Sie bitten, die Lieferzeiten der erteilten Aufträge um die Dauer der Arbeitseinstellung zu verlängern und uns durch weitgehende Rücksicht in dem uns aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen.

(Folgen 13 Unterschriften).

Soziales.

Reuterführung als Erziehungsmittel. Wie manche Vertrauensärzte ihr Amt auffassen, zeigt wieder einmal ein Fall, mit dem sich das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung der sächsischen Staatsbahn in Dresden beschäftigte. Der ehemalige Streckenarbeiter Beckler erlitt im Jahre 1903 im Eisenbahnbetriebe einen Unfall, durch dessen Folgen er völlig erwerbsunfähig wurde. Der behandelnde Arzt, Dr. Schreiber, stellte Gehirn- und Rückenmarkerschütterung fest, und auf Grund dessen Gutachten erhielt der Verunglückte vom Staatsfiskus die Vollrente. Um die Rente zu quecksilber, ordnete „Vater Staat“ im Sommer d. J. eine Untersuchung des kranken Mannes an. Der behandelnde Arzt — der doch den Zustand des Verletzten zweifellos am besten kennt — gab aber sein Gutachten dahin ab, daß in mer noch völlige Erwerbsunfähigkeit vorliege und der Mann noch größerer Schonung bedürfte. Dieses Gutachten, wonach die Weitergewährung der Vollrente gegeben war, paßte aber dem Staatsfiskus ganz und gar nicht in den Kram. Er hörte seinen Vertrauensarzt Dr. Gilbert. Im völligen Gegensatz zum behandelnden Arzt kam Dr. Gilbert zu dem Schluß, daß von einer gänzlichen Erwerbsunfähigkeit keine Rede mehr sein könne. Der Verletzte habe die Vollrente viel zu lange bezogen und hätte schon längst zur Arbeit greifen müssen! Durch die hohe Rente habe sich L. von der Arbeit entwöhnt (!) und werde sehr schwer wieder zu arbeiten zu bringen sein. Der Zustand des Verletzten sei derart, daß eine Herabsetzung der Rente vorgenommen werden kann. Dies sei auch das beste Mittel, den Mann wieder aus Arbeiten zu gewöhnen! Auf Anraten des „Vertrauens“-arztes wurde der schwerkranke Mann zur Beobachtung in das Hermannshaus in Stötteritz untergebracht. Nach zwei bis drei Tagen schon waren die Ärzte

doch nicht verschwiegen bleiben und man würde ihn darum ansehen. Ihm eile es auch gar nicht, er könne recht gut die schließliche Zeit abwarten, und er wolle es tun, das sei beschlossen. Alles Zureden war umsonst. Der Meier entgegnete wiederholt, er habe sich die Sache jetzt erst recht überlegt und blieb bei seinem Satze. Die Schwelger, die sich am meisten ereifert hatte, wurde ernstlich böse und verabschiedete sich mit der Drohung, sie zücht ihre Hand von ihm ab und er solle dann nur sehen, wo er eine Krone. Die Alie machte ein Gesicht, aus dem nicht nur Mumm, sondern auch Argwohn sprach. Sie hatte eine Ahnung von dem eigentlichen Grund der Weigerung und erleichterte ihr Herz in Andeutung und unglücklichen Prophezeiungen.

Regine erfuhr den Tod der Meierin und den Plan der Familie wegen der Rükkerstädter am andern Morgen nach ihrer Heimkehr von der Schwelgerin. Es kostete sie Mühe, die Bewegung zu verbergen, in welche diese beiden Nachrichten sie versetzte. Als sie alleine war, schüttelte sie traurig das Haupt. Nach und nach empfand sie doch großes Verlangen, den „Beter“ zu sehen. Aber es ging ihr wie ihm: sie trug Bedenken, bei ihm einzutreten, und wartete darum auf ein zufälliges Zusammentreffen.

Dieses erfolgte ein paar Tage später. Wie so oft in früheren Zeiten kamen sie sich auf der Gasse entgegen; aber jetzt mit welcher verschiedenen Empfindungen! Der Meier, sie von weitem erkennend, wurde rot; dem Mädchen klopfte das Herz und hob sich der Busen. In Verwirrung beide kamen sie einander entgegen und grüßten sich mit der feierlichen Gutmütigkeit, womit natürliche Menschen die innere Bewegung zu verbergen streben. Regine sah sich zuerst und begann mit erster Teilnahme und sanftem Ton: „Ihr habt unterdessen die Frau Baise verloren, Beter.“ — „Ja“, erwiderte der Meier ernst. „Aber“, setzte er nach kurzem Bedenken hinzu, „warum nennst du mich denn jetzt? Setzen wir uns nicht von Jugend an und soll ich dir per Sie mit dir reden?“ — „O nein“, versetzte das Mädchen erwidert, „ich hab' nur gemeint — aber du bist ja mein Beter.“ — „Das weiß ich auch“, sagte der Meier. — „Und“, fuhr er, durch die erste Handlung erregt und seiner Bewegung entbunden, fort, „ich bild' mir was daraus ein, so ein Mädchen zu haben. Das Stachelchen in dir angelassen, Regine, wahrhaftig, du bist aus wie's Leben. — Und du willst jetzt doch wieder bei uns bleiben, wie man sagt? Bist du doch auch wieder braun geworden?“ — „Ich hab'“, erwiderte Regine, „die Stadt hab' ich nun probiert und in den drei Jahren, wo ich trocken war, hab' ich zuletzt auch genug dran bekommen.“

(Fortsetzung folgt.)

hier im Bilde. Es liegt keine organische Erkrankung vor, vielmehr Neurosen; der Mann überreife (75) die Vollrente sei viel zu hoch; mit 75 Proz. sei die Erwerbsfähigkeit hoch genug bemessen und L. müsse sich nun endlich Mühe geben, zu arbeiten! Nun beantragte der Staatsfiskus beim Schiedsgericht auch scheinlich die Herabsetzung der Rente. Das Gericht hat sich auch leider dem vertrauensärztlichen Gutachten und dem der Anstalt angehörigen und die Herabsetzung der Rente ausgesprochen! — Der schwerkranke Mann mag nun sehen, wie er bei seinem trostlosen Zustande mit der lärglichen Rente auskommt. So steht die soziale Fürsorge des sächsischen Staatsfiskus aus!

Die Verteuerung der Lebenshaltung. In dem britischen Konsularbericht über den Handel und die Landwirtschaft Bayerns im Jahre 1909/10 wird über die zunehmende Verteuerung des Lebensunterhalts folgendes gesagt:

„Abgesehen von den Marktschwankungen ist es doch ganz unbestreitbar, daß für einen Zeitraum von mehr als zwei Dekaden die Kosten des Lebensunterhalts beständig gestiegen sind, und daß diese Steigerung in letzter Zeit besonders ausgeprägt war. Den Arbeitern, ist allerdings eine beträchtliche Steigerung ihrer Löhne (N) gelungen und die Beamtenegehälter sind verbessert worden. Die Möglichkeit, Geld zu sparen, scheint aber nicht im geringsten zugenommen zu haben, infolge der Tatsache, daß Reich, Staat und Gemeinden mit erhöhter Besteuerung dahinsinken gekommen sind. Das Einkommen der Nation ist um keinen Pfennig gestiegen und die erhöhten Zollsätze haben das Nationalvermögen nicht erhöht. Ihr einziges Resultat war, Geld aus den Taschen der Konsumenten in die der Produzenten überzuführen.“

Zur Dienstbotennot auf dem Lande. Die agrarische Presse weiß jahraus, jahrein nicht genug zu klammern über die Dienstbotennot auf dem Lande und die unbormäßigen Löhne, die mehr und mehr nach den Städten abwandern. Die Ursachen dieser Landflucht sind schon oft genug von sozialdemokratischer Seite beleuchtet worden. Da ist es interessant, in einer Zentrumszeitung von einem ländlichen Dienstboten die Ursache der Dienstbotennot dargestellt zu sehen. In Nr. 19 des Ratgebers für Haus- und Feldwirtschaft, einer Beilage der „Augsburger Postzeitung“ widmet ein Dienstknecht der Dienstbotennot einen Artikel und führt darin aus:

„Ein junger Mann von 18—20 Jahren, wenn er in der Frühe um 4 Uhr seine Arbeit beginnt, die kurz gerechnet bis abends 7 Uhr und in der Erntezeit noch viel länger dauert, verdient wöchentlich 6—7 Mark. Gewöhnlich beträgt der Lohn aber nur 4—5 Mark. Und wie steht es mit der Kost? Heutzutage hat fast jedes Dörfchen seine Molkerei, in welche der Bauer oft jeden Tropfen Milch hinschickt. Es bleibt nicht soviel im Hause, daß für die Dienstboten mit Rindschmalz gekocht werden könnte, wie es früher war. Für die Dienstboten gibt es ein eigenes Dienstbotenschmalz, das man aus der Stadt bezieht und Margarine nennt und dessen Name schöner klingt als es schmeckt. Was ist das nur zu oft für eine Schlafstätte? Wie steht es denn mit der Landflucht? Die Bauern schicken ihre Söhne und Töchter in die Stadt, ja viele schicken ihre Angehörigen in die Fabrik und stellen dafür Dienstboten ein; bei einem Bahnbau schicken die Bauern ihre Söhne dort zur Arbeit und stellen Knechte ein, weil beim Bahnbau ein hoher Lohn gezahlt wurde. Als dann die Knechte auch zum Bahnbau übergangen, schimpfte man über die Unerschämtheit der Knechte. Der Dienstbote wird heute nur als notwendiges Übel betrachtet und als Maschine. Eine breite Kluft hat sich gebildet zwischen Bauer und Dienstbote.“

Diese Feststellungen in dem Zentrumsblatte sind sicher bemerkenswert, sie zeigen, was das Geschick über die Dienstbotennot auf sich hat.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Erpresserprozeß gegen die „Wahrheit“. Am Donnerstag wurden zunächst mehrere Geschäftsleute vernommen, die bestätigen sollen, daß sie in der „Wahrheit“ inseriert haben, um weitere Angriffe zu vermeiden. Die Zeugen verhalten sich ziemlich reserviert und man hat den Eindruck, daß die Gebühre der Bruhn bei der Erlangung von Inseraten sehr sorgfältig vorgegangen sind, um zu vermeiden, wegen Erpressung gefaßt zu werden. Einzelne Zeugen, wie der Warenhausbesitzer Tsch, der Bankier Siekmeyer, der Kaufmann Rosanker, sagen allerdings ziemlich belastend gegen die Angeklagten aus. In den Kreisen der Geschäftswelt war man allgemein der Meinung, sich am besten vor Angriffen in der „Wahrheit“ zu sichern, wenn man dem Blatt Inserate überweise. Der Zeuge Dietrich, der früher an der „Wahrheit“ und in letzter Zeit an einem ähnlichen Blatte tätig war, bestritt, daß Bruhn den Auftrag gegeben habe, Inserate zu werden mit der Versicherung, daß dann keine Angriffe in der „Wahrheit“ erfolgen werden. Einzelne Zeugen, die in der Voruntersuchung belastend ausgesagt haben, schränken ihre Aussagen ganz wesentlich ein; man hat den Eindruck, als ob sie Angst vor der „journalistischen“ Tätigkeit des Hauptangeklagten Bruhn haben.

Dienstbotenkost. Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz hatte sich der Brotpfeispächter Johann Wichowski aus Seletz (Kreis Schroda) vor der ersten Strafkammer des Reichsgerichtes zu verantworten. Nach einer Anzeige der bei dem Angeklagten beschäftigt gewesenen Dienstmägde Sobozynska und Dukarska soll der Angeklagte seinem Gesinde im Mai dieses Jahres das Fleisch eines verendeten Kalbes und im Februar, März und Mai das Fleisch eines an Rotlauf verendeten Ferkels zum Mittagessen vorgelegt haben. In übereinstimmung mit dem Vertreter der Anklage hielt das Gericht den Angeklagten nur des fahrlässigen Vergehens gegen § 14 des Nahrungsmittelgesetzes für überführt und verurteilte ihn zu 30 Mk. Geldstrafe. — Die 30 Mk. Strafe hat dieser Menschenfreund schon allein an dem verendeten Ferkel, das er seinen Dienstboten vorsetzte, verdient. Eine solche geringe Bestrafung reizt geradezu zu neuen Vergehens.

Aus Nah und Fern.

Duckung. In der Jungferneide bei Berlin fand am Donnerstag früh ein Pistolenduell statt, bei dem einer der Duckanten in die Brust geschossen wurde. Dem Aussehen nach handelt es sich um Offiziere in Zivil. Wer die Beteiligten waren, konnte nicht festgestellt werden.

Maffinierter Vertrauensbruch eines Konsumvereins. Im Magdeburger Konsumverein wurde am Sonnabend der Kontorhote Hermann Freye wegen umfangreicher Diebereien verhaftet, über die der Vorstand des Konsumvereins folgende Darstellung gibt: Der Vorstand hatte bei der Feststellung des Abschlags von 1909 eine Differenz von 12 000 Mk. festgestellt. Diese Differenz war dadurch entstanden, daß für 20 000 Mk. Gegenmarken mehr, als Umsatz gewesen, Dividende ausbezahlt wurde. Man vermutete zuerst einen Rechenfehler. Doch wiesen die eingehenden Revisoren die Unrichtigkeit dieser Berechnung nach.

Dann nahm man an, daß sich jemand Gegenmarken (100 und 20 Mark Scheine) nachdrucken ließe. Doch auch hierfür fand sich keine Unterlage. Man war aber klar, daß der Dieb unter dem Personal zu suchen sei und beobachtete in folgedessen verschiedene Personen, ohne jedoch zu einem Resultat zu kommen. Schließlich stellte man fest, daß in dem Bestande der Gegenmarken, auf die seit dem Beginn dieses Geschäftsjahres bereits eine Abschlagsdividende erhoben worden war, für 40 000 Mk. Gegenmarken fehlten. Am letzten Sonnabend brachte man nun heimlich eine Alarmeinrichtung an einer Kasse an, die zur Auszahlung von Abschlagsdividenden benutzt wurde. Bereits am Sonntag früh, unmittelbar nach dem Freye das Kontor betreten hatte, erklang die Alarmglocke in der Wohnung des ersten Geschäftsführers, der sofort ins Kontor eilte und dort Freye an dieser Kasse fand. Auf die Frage, was er an der Kasse mache, gab er zur Antwort, er habe in Unwesenheit des Beamten Westram zwei Gegenmarken eingeklebt und habe sich die veranlagten 2 Mk. jezt aus der Kasse entnommen und dafür die Gegenmarken hineingelegt. Als der Geschäftsführer kaum wieder in seine Wohnung zurückgekehrt war, erklang die Alarmglocke aufs neue und, ins Kontor zurückeilend, traf er Freye wieder an der Kasse. Er hatte die hineingelegten Gegenmarken wieder herausgeholt und sie, während die Polizei benachrichtigt wurde, zerrissen in den Abort geworfen, wo sie vorgefunden wurden. Bei der Kasse, die Freye, wie es scheint, jahrelang und bei allen möglichen Gelegenheiten plündern, handelte es sich um eine kleine Kasse, die niemals mehr als 400 Mk. enthält. Der betreffende Beamte hatte von einem Verbleib von 400 Mk. die einlaufenden Gegenmarken mit 3 Proz. einzulösen und diese Gegenmarken monatlich mit der Abrechnung an den zweiten Geschäftsführer abzuliefern. Freye hat nun, da er als Kontorboote zum Kontor Zutritt hatte, in unbewachten Augenblicken aus den bereits verrechneten und gebänderten Gegenmarken stets einige herausgenommen und sie in die Kasse gelegt und dafür sich die entsprechenden Prozente angeeignet. Er muß allerdings dieses Spiel jahrelang getrieben haben, und während man die Ursachen der vorhandenen Mankos nach ganz andern Richtungen suchte, ist er, der auch Sonntags die Bibliothek verwaltete, bisher unbekannt geblieben. Wie uns weiter mitgeteilt wird, kann der entstandene Schaden zum großen Teile gedeckt werden durch vorhandene Wertgegenstände — er hatte sich im Gefühl der Sicherheit ziemlich luxuriös eingerichtet — und das von Freye gekaufte Haus; auf das er angeblich eine Anzahlung von 10 000 Mk. geleistet hatte.

Vom Caruso-Rummel berichtet die bürgerliche Presse: Der Kampf um die Caruso-Billette hat in Berlin vor dem Eingang zum Neuen König. Operntheater am Königsplatz so ernste Formen angenommen, daß nicht nur die Polizei einschreiten mußte, um dem Treiben der Billetthändler Einhalt zu gebieten, es wurden auch viele Betrüger erregt, die ein Gelegenheitshändler mit gefälschten Eintrittskarten trieb. Aber die unerquicklichen Szenen vor der Kasse zum Theater berichten Berliner Blätter: Zu dem Gaienspiel Carlo Caruso im Neuen König. Operntheater (Kroll) hatten gewerbsmäßige und gelegentliche Billetthändler einen großen Teil der Karten in ihren Besitz gebracht. Sie verstanden die Billette zu Pressen an den Mann zu bringen, die in Berlin bisher unbekannt waren. Die Begeisterung für den berühmten italienischen Tenor kam ihnen dabei trefflich zustatten. Lange vor Beginn der Vorstellung waren sie zur Stelle, um den vielen, die an der Kasse keine Eintrittskarten mehr erbluteten, ihre Billette mit einem gesagten Aufschlag aufzuschwätzen. Es entwickelten sich dabei überaus lärmende Szenen. Die Händler überboten sich gegenseitig, das Theaterpublikum verlangte kärmlich Eintrittskarten, so daß ein müßiges Gejohle und Geschrei entstand. Der Kampf um die Billette nahm schließlich einen so bedrohlichen Charakter an, daß die Polizei sich genötigt sah, einzuschreiten. Die rasende Menge wurde zerstreut, die Händler isoliert und von den von den Revieren rasch herbeigeholten Schutzleuten und Kriminalbeamten nach dem nahen Tiergarten zu vertrieben. Die Maßregel hatte aber wenig Erfolg. Im Dunkel der Bäume setzten die Händler ihre Geschäfte fort, denn bald hatte sich auch hier wieder die Menge um sie versammelt. Das unvernünftige Verhalten der Caruso-Schwärmer machte sich jetzt ein Händler zunutze; er verkaufte ihnen gefälschte Eintrittskarten, die für den Besuch des Theaters keine Gültigkeit hatten. Die Presse, die für diese falschen Karten gefordert und bezahlt wurden, waren zum Teil ganz horrende.

Schwerer Unfall. Aus Nürnberg wird der „Frankfurter Zeitung“ berichtet: Bei Schießübungen der hiesigen Schützmannschaft hat sich ein schwerer Unfall zugetragen. Durch einen Schuß wurde ein Schützmann lebensgefährlich im Unterleib und ein Wachtmeister an der Hand leicht verletzt.

Moderne Bauten. In dem Frankfurter Vorort Bornheim ist am Donnerstag ein dreistöckiger Neubau eingeweiht, zwei Arbeiter waren tot, zwei schwer und zwei leicht verletzt. Der Bauunternehmer Sturm wurde verhaftet.

Der Kupferkönig im Gefängnis. Der nordamerikanische Kupferindustrielle Augustus Heinz hat jetzt im Anschluß an den Verurteilungsprozeß, in dem er freigesprochen wurde, eine Ordnungstrafe zu verbüßen. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Neugorl gemeldet wird, muß er jetzt eine zehnjährige Gefängnisstrafe deswegen verbüßen, weil er sich in dem Prozeß geweigert hätte, den Richtern seine Bücher vorzulegen.

Die Cholera. Aus Bagdad wird vom 24. Oktober gemeldet, daß dort 17 Erkrankungen an Cholera festgestellt wurden, von denen 13 tödlich verliefen. In Jinnin des Vilajets kamen 19 Erkrankungen vor, von denen 16 tödlich verliefen. Die Konstantinopeler Blätter melden, auch unter den Truppen, die an den Mandovern in der Ebene von Tschortus teilnahmen, sind einige Cholerafälle vorgekommen.

Der Ballon „Amerika“ nicht verunglückt. Der Mitfahrer des Ballons „Düsseldorf“, Berlin, erhielt Mittwochabend von den Insassen des Ballons „Amerika“, Hawley und Post, folgendes aus New York (Quebec) datiertes Telegramm: Wir sind am Peribotafusse nördlich des Schlongafees am 19. Oktober gelandet. Alles wohl. Wir kehren zurück. — Wie weiter aus St. Ambrose telegraphiert wird, erzählen die Insassen des Ballons „Amerika“, sie hätten den Wachtmeister und die Waldungen des nördlichen Quebec in schöner Fahrt überflogen. Am 19. Oktober, nachmittags, gerieten sie aber in einen Sturm, der sie zwang, auf einem unbekanntem 1500 Fuß hohen Berge zu landen. Die Lustschiffer verbrachten die Nacht in der Gondel und brachen am folgenden Morgen zu Fuß auf, um in bewohnte Gegenden zu kommen. Am vierten Tage trafen sie einige kanadische Jäger, die sie in einem Kanoe nach St. Ambrose überführten, wo sie eintrafen, ohne ersten Schaden erlitten zu haben.

Schiffsunfall. Nach einer Meldung aus St. John (Neufundland) ist vor einigen Tagen auf der Höhe von Bon Mills der nach Sidney bestimmte Dampfer Regus

in 5 im Sturm gescheitert. Ein zu seiner Hilfe abgegangener Schlepper traf ihn um 10 Uhr histlos auf dem Meere treibend. Er hatte ihn bereits bis in die Nähe des rettenden Hafens geschleppt, als das Verblindungsgestänge und die hochgehenden Wellen das Boot wieder in dichtem Nebel verschwinden ließen. Bisher ist keine Nachricht von dem „Regulus“ wieder eingetroffen. Man glaubt, daß die aus 14 Neulandländern und 4 Amerikanern bestehende Besatzung verloren ist, da das Schiff infolge des Bruchs seiner Schrauben steuerlos ist.

Literarisches.

Von „Wahnen Jacob“ ist soeben die 22. Nummer des 27. Jahrganges im Umfange von 16 Seiten erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge:
 Bilder: Der Kollauf. — Der Amokläufer von Moabit. Von A. Mrawel. — Der neueste Berliner Schuhmannsorden. — Großfreimachen in Portugal. Von A. Mrawel. — Vom Teufel geritten. Von R. Kost. — Aus Portugal. Von G. G. Jenkisch. — Sr. Majestät König Mammons alleruntertänigster Sklave. Von M. Engert. — Aus Kassel. Von R. Wolf. — Agrarisches Spiel. Von A. Mrawel. — Preussische Hochkultur. Von R. Kost. — Schade! Von R. Wolf. — Aus der Chronik von Moabit. Von G. G. Jenkisch. — Die alte und die neue Zeit. Von R. Hannich. — Vom konfessionellen Kaspertheater. Von M. Engert.
 Text: Fröhlicher Reuter. Zu seinem hundertsten Geburtstag am 7. November. Von John Schitowski. Rebt einem Vorträt Reuters. — Republik Portugal. Von P. E. — Die National-Miserablen. — Portugal. Von T. — Serenissimus und die Revolution. — Moabit Nachkänge. Von T. — Die symbolische Wille. Von Ep. — Frauenrechte. Von P. E. — Splonitis. Von Kl. — Heber Jacob! Von Gottschalk. — Moabit. Von P. E. — Das Los des Brotpheanten. Von Rudolf Krafft. — Wie das Volk sich nähren muß. Von L. E. — Nur konsequent! — Der „Fuhrmann“. Von Ep. — Ganz einfach. Von Hans Reiter. — Allerleuten.

Von Paul Enderling. — Aus dem Religionsunterricht. — Eine Werbung. — Whistlerfang. Von P. E. — Uffo, uffo. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.
 Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 2 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Ausnahmegesetze und Sozialdemokratie. — Nieder mit dem Fleisch- und Brotmörder! Von Lulle Zieg. — Das Weib als Kulturträgerin. Von Gustav Seifert. (Schluß). — Zwei Tagungen bürgerlicher Frauenrechtlerinnen. I. — Ende des Meisterarbeiters. Von g. b. — Die Wiener Arbeiterinnen gegen die Teuerung. Von a. p. — Erfolgreicher Ausgang des Lohnkampfes in der Münchener Metallindustrie. Von g. b. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationsfragen. — Eine Frauenkonferenz für die Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von h. j. — Arbeiterinnenkonferenz des Textilarbeiterverbandes von Süd. Von Sophie Dühring. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Verschiedenes.
 Für unsere Mütter und Hausfrauen: Das Segel. Von M. F. Vermontoff. — Die Kunst des Beschränkens. Von Louis Sühmann. — Nahrungsmitteln. Von c. b. — Die Mütter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — Feuilleton: Der Apachenüberfall. Von Owen Wistler. — Für unsere Kinder: Wahre Größe. Von Graecian. — Die Schnecke und der Rosenkranz. Von G. C. Andersen. — Aus dem Reich der Technik. IX. Von der weißen Kohle. Von Rich. Woldt. — Die Schwalben. Von Emma Döhl. (Gebicht). — Der Spaziergang nach dem Waldteich. Von

C. H. — Das Gleichnend und andere Nustnacker. — Von den Schildbürgern: Der Rathausbau. II. — Arm Wäggeln. Von Friedrich Galt. (Gebicht).
 Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.
 Welche Unterhaltungsliteratur wähle ich für die langen Herbst- und Winterabende? Diese brennende Frage lautet alljährlich um diese Zeit vor uns auf. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der deutsche Zeitschriftenmarkt eine geradezu überreiche Fülle an Lesestoff verschiedener Art bietet, handelt es sich aber um die Wahl einer wirklich gebildeten, erhellenden, dabei aber vollkommen einwandfreien Familienlektüre, so heißt es immerhin vorsichtig sein; denn nicht jedes unserer Witzblätter kann man jungen Damen oder gar Kindern in die Hand geben. Wir möchten deshalb nicht unterlassen, auf die „Meggendorfer-Blätter, München“, zweifellos das schönste, billigste, farbige illustrierte nichtpolitische Witzblatt für die Familie (Preis jährlich 18 inhaltsreiche Nummern nur 3 Mk.—) ganz besonders aufmerksam zu machen. Jede Nummer bietet wahre Raritäten trefflicher deutscher Witzes, der auch eine gute Portion echter Lebensweisheit mit sich führt. Jedes Heft bringt uns — zum Teil nach Gemälden erster Meister — ein farbiges Titelbild, und die zahlreichen schwarzen und bunten Textabbildungen fügen sich in vollendeter technischer Wiedergabe harmonisch dem Ganzen ein. Wer sich gut unterhalten will, der greife getrost zu diesen Blättern! nichts Unschönes, nichts Verlegendes bietet ihnen an. Sie sind im Gegenteil in Wort und Bild ein echtes Familienblatt und das Lieblingsorgan des gebildeten Publikums. Eine Gratis-Probenummer ist durch jede Buchhandlung sowie direkt vom Verlag, München, Theatinerstraße 47, erhältlich.
 Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
 Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Durch Zufall zum 1. Januar e. f. d. l. 2. Stock-Wohnung in Stall u. Kell. Nr. 170 Mt. Schönkampstr. 19, 1.

Arbeiterinnen
 für die Marinieranstalt
 gesucht
Aug. Schumacher
 Ernestinenstraße 8.

Suche zum 1. November einen ordentlichen Knecht, der auch landwirtschaftliche Arbeiten kennt. Lohn 300 bis 400 Mk.
Paul Scheel, Viehhändler, Mori bei Lübeck.
 Zu verkaufen ein 11. eiserner Sparherd mit Bratofen. Rentnerstr. 54.
 Ein grünes Kostüm, diverse Jackets zu verkaufen. Ludwigsstr. 38, II.
 Schw. Gehrock u. Weste f. Ichl. Fig. Dam. Winter-Jackett u. schw. Miroch. Händl. bill. Ludwigsstr. 4, I.
 Sonnabend und Sonntag sind Ferkel zu verkaufen.
Krögers Gasthof, Schwartau.

Ausschußpiel
 hochfein zum Kochen, 10 Pfund nur 50 Pf.
 Note Krügerapfel, 10 Pf. 95 Pf., sowie andere Sorten billigst.
W. Böttcher, Altkirchstr. 11.

Total-Ausverkauf.
 Meine billigen Preise ermäßigen sich um 20 bis 25 Prozent.
Ernst Gentzen, Uhren und Goldwaren, Königsstr. 62.

Wer hier kauft, spart Geld!
 Hatte Gelegenheit einen großen Vollen Herren-Winterpaletots, Anzüge, Foppen, Hosen, Kinderanzüge und Schuhwaren billig zu kaufen und gebe diese Sachen für Spottpreise wieder ab.
 NB. Nur moderne gute Sachen. Beschäftigung ohne Kaufzwang.
Beckergrube 24, Laden.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck **Otto Albers** Kohlm. Markt 4 **10**
 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
 Lederhosen . . . 2,20—6,45
 Mauerhosen . . . 2,60—6,75
 Schlofferhosen . . . 1,88—5,25
 Arbeiterhosen . . . 1,08—2,95
 Zwirn-Hosen . . . 1,68—3,25
 leinere Sachen, schräge u. gerade, 1,28, Rajen, Hemden, Schlachtersachen, Freizeitsachen, Malerärmel, erkauflich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1,88 Mt. Rote Lübeck.

F. Meyers Schuhwarenhaus, Hüxterdamm 2.
 Empfehle für den Winter Kartes, genageltes Herren-, Damen- u. Kinder-Zubehör zu bekannt billigen Preisen.
wasserdichte Stoff- und lange Stiefel (Sandarbeit).
 Rote Robattmarken oder 4% in bar.

Haarschneiden, Rasieren.
 Anfertigung von **Puppenverleiden und Zöpfe**
 saubere Bedienung, dauerhafte Arbeit.
Wilhelm Drews
 70 Engelsgrube 70.
 NB. Kaufe ausgeleimtes Haar.

Gedr. Oldekop
 Käsegroßhandlung Ferner 1679
 Detail-Verkauf
 nur Süßstraße 83/85,
 Diese Woche wieder eingetroffen eine große Partie **prima Schweizer Käse**
 Wfd. 50, 60, 70 u. 80 Pfd.
Echte Holländer und Edamer Käse
 direkt aus Gouda u. Groningen in Holland
 Wfd. nur 90 Pfd.
 Tilsiter Fettkäse sehr schön das Wfd. 30, 40, 50, 60, 70 Pfd. das Allerfeinste Wfd. 80 Pfd.

Empfehle diese Woche:
 Pa. dickes Rindfl. Wfd. 65, 70 Pf.
 Bratenstücke Wfd. 75
 Hammelfleisch Wfd. 70, 75
 Kollfleisch Wfd. 90
 Beefsteak 110
 Gulasch u. Gehacktes 80
 Kalbfleisch Wfd. 60 u. 65
 Keule Wfd. 70
 Schweinebraten 80
 Flomenschmalz 90
C. Atmer, Königstr. 48 b.

Habe diese Woche mehrere schöne Queen geschlachtet, wovon ich meiner werten Kundschaft bestens empfehle:
 Pa. 1/2 fettes Queenfleisch 70 Pf.
 Bratenstücke 75 80
 Roastbeef 80
 Gulasch und Hackfleisch 80
 Kollfleisch 90
 Schweinefleisch 90
 Kl. Schinken 80
 Kalbfleisch 65 70
 Hammelfleisch 80
 Keulen 90
 sowie sämtliche Wurstsorten zu Tagespreisen.
Karl Jürgensen
 Schlachterei,
 Süßstraße 79. Telephon 2124.

Empfehle diese Woche ganz **prima junges Fleisch** sowie sämtliche Wurstsorten in bekannter Güte.
Robert Dose,
 Hochschlächterei,
 Engelsgrube 66. Dorchester 36.
 Marktthalenstand 1.

Tadellose Qualität!

Wir verkaufen: **andauernd**
 nur erprobt gute, garantiert haltbare elegante Schuhe



Jedes Paar Herren- und Damenstiefel: **7²⁵/_M**
Spezialmarke **7²⁵/_M**
 Original **Goodyear Welt** **9⁵⁰/_M**

TURUL-SCHUHFABRIK:
ALFRED FRANKEL COM.-GES.
 Verkaufsstelle:
Lübeck, Breitestr. 49.
 Verkaufsstellen in allen grösseren Städten.

Ausverkauf.
 Die besten Schuhwaren
10 bis 30 Prozent Rabatt
 wegen Geschäftsaufgabe.
Drenske, Breitestraße 21.

Habe ebenfalls diese Woche wieder prima junge fette Däsen geschlachtet, sowie prima fette Queen und mehrere junge kernfette Kinder, wovon ich meiner werten Kundschaft empfehle a Pfund 65 Pf.
 Prima Bratenstücke a Pfd. 70-80 Pf.
 Roastbeef 80
 Rumpsteak 90
 Filet 130
 Beefsteak 110
 Gulasch u. Gehacktes 80
 Kollfleisch 90
 Schweinefleisch 75 u. 80
 Schinken 80
 1/2 fettes Hammelfleisch 80
 Keule 90
 Kalbfleisch 60
 Keule 70
 sowie sämtliche Wurstsorten zu billigsten Preisen.
Paul Boldt, Schlachterei,
 Fernspr. 2193. Wahnstraße 22.

E. Boy, Königstr. 61. 1811.
 Marktthalen 46.
 Hamburger Stint, Schwedische, Cabliau, Seelachs, lebde Brachsen, Karpen.
 Prima junges **Rindfleisch pro Pfd. 70**
 Pa. Bratenstücke Wfd. 80 u. Kollfleisch Wfd. 90 u. Schweinefleisch 110 u. 1/2 Hammelfleisch 65
Ger. Schweinebraten 75
 ohne Knochen per Pfd.
 Pa. bestes weiches Schmalz nur von eig. Schlachtung pro Pfd. 80 u. b. Abnahme v. 4 Pfd. v. Pfd. 75
 von 4 Pfd. pro Pfund 75
 Getten u. mag. Spec. Pfd. 90
 b. Abnahme v. 4 Pfd. v. Pfd. 85
 Ger. Mettwurst und Leberwurst 70 u. Braunschweiger Wurst 80 und 60 u. Kohlwurst 70
 Pfd. 50 u. 60
 Rubenteer v. 2 Pfd. v. Pfd. 45
 Jeden Sonnabend von 5 Uhr an **heißes Knackwurst**
 ff. Aufschnitt pro Pfd. 1 Mk.
M. Lahrtz, Büttcherstr. 16.

Auf Kredit
Möbel
 1 Zimmer Anzahlung 10 Mk.
 2 Zimmer Anzahlung 20 Mk.
 3 Zimmer Anzahlung 30 Mk.
Paletots und Anzüge
 1 Anzug 20 Mk., Anzahl. 4 Mk.
 1 Anzug 26 Mk., Anzahl. 7 Mk.
 1 Anzug 35 Mk., Anzahl. 9 Mk.
Damen-
 Blusen, Röcke, Kostüme,
 Teppiche, Portieren,
 Tischdecken, Gardinen,
 Uhren, Spiegel, Bilder,
 Kinderwagen.
 Für Brautleute besonders günstige Bedingungen.

H. Kesten
 Holstenstraße 17, I.

Nähmaschinen-Hinrichsen
 Beckergrube 70
 repariert am besten Nähmaschinen unt. 2 Jahre Garantie.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
 kaufen Sie billig und recht bei Markt **Otto Albers** Kohlmarkt 4. **10**
 1/2 kompl. Betten v. 12,50 Mk. an. Federn per Pfd. v. 45 Pf. 5. 4 Mt. Rote Lübeck-Marken.

Verband der Fabrikarbeiter-Distrikte
 Distrikt Rensfeld.
Mitglieder-Versammlung
 am Sonnabend, 29. Oktober abends 8 1/2 Uhr im Lokale R. Pinkert (Transvaal).
 Tagesordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1910.
 3. Verbandangelegenheiten.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet.
 Die-Distriktsleitung.

Holsten-Automat
 am b. H. Holstenstr. 14.
 Warme und kalte Speisen.
 Feinste belegte Brötchen 10 Pf.
 Helles und dunkles Bier 10 Pf.
 Fremden und hiesigem Publikum bestens empfohlen.
 Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Franzen & Co., Holstenstr. 16.

Abt. Konfektion: Trotz billigster Preise nur dauerhafte solide Stoffe.

Warm gefütterte Lodenjoppen

für Herren: 4⁵⁰ 6⁵⁰ 8⁴⁰ 10⁶⁰
für Knaben: 3⁹⁰ 4²⁰ 4⁶⁰ 5⁴⁰

Herren-Anzüge	10 ⁹⁰	12 ⁵⁰	16 ⁵⁰	18 ⁵⁰	20 ⁵⁰	28 ⁵⁰
Jünglings-Anzüge	6 ⁹⁰	7 ⁵⁰	8 ⁷⁵	10 ⁵⁰	15 ⁵⁰	20 ⁵⁰
Knaben-Anzüge	1 ⁹⁵	2 ⁴⁵	3 ⁵⁰	4 ⁹⁰	5 ⁵⁰	7 ⁵⁰
Herren-Beinkleider	1 ²⁵	2 ⁰⁰	2 ⁴⁵	2 ⁹⁵	3 ²⁵	4 ⁵⁰
Herren-Paletots		13 ⁵⁰	15 ⁵⁰	17 ⁵⁰	18 ⁵⁰	23 ⁵⁰
Knaben-Pyjacks		4 ⁸⁰	5 ²⁵	5 ⁵⁰	6 ⁰⁰	7 ⁰⁰
Knaben-Hosen		95 Pfg.	1 ⁴⁰	1 ⁷⁰	2 ⁴⁵	2 ⁶⁵

Woll-Westen

durchaus warm und haltbar
1⁵⁰ 2⁵⁰ 3⁵⁰ 4⁵⁰

Gestr. Unterhosen

85 95 Pfg. 1²⁰ 1⁶⁰



Fahrrad- und

Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden sachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Email-, Vernick. bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck, Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Transportarbeiter!

Obmänner-Sitzung

am Sonnabend, 29. Oktober abends 8 1/2 Uhr. im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung: Jüngere Verbandsangelegenheiten. Alle Obleute müssen erscheinen. Verbandsbuch etc. mitbringen.

Billiges Angebot in Bedarfs-Artikeln.

Küchenlampen	75, 60, 50, 38 Pfg.	Steller, tief und flach,	8 Pfg.
Tischlampen	3,50 2,90 2,- 1,68 Mk.	Kinder-Steller, tief und flach, gerippt	10 Pfg.
Hängelampen	8,50 7,- 5,50 4,50 Mk.	Laffen	Paar 25, 20, 17, 15 Pfg.
Kohlenfästen u. Schütter	2,50 1,95 1,45 Mk.	Laffen, gerippt, extra groß	8 St. 50 Pfg.
Kohlenschaukeln	1,- Mk., 50, 25, 18 Pfg.	Seifenschüssel	6 Stück 1,- Mk.
Salonkasten, ff. decor.	4,50 3,50 2,70 1,48 Mk.	Marktaschen	1,- Mk., 85, 60, 40 Pfg.
Petroleumlampen,	3 Ltr. 68, 2 Ltr. 48 Pfg.	Wesen, reine Haare	1,35 1,15 0,95 Mk.
Kaffee- und Zuckerdosen, bronziert	38 Pfg.	Sandfeger, reine Haare	75, 60, 50, 40 Pfg.

Riesen-Bazar

Breitestraße 33. Pietro Cagna. Breitestraße 33.
Trotz meiner bekannt billigen Preise: **Rabatt-Marken.**

Brüh- und Salzbalgen.
H. Ruß, Dankwartstraße 54.



ist die Original Pariana
Der Clou im Vergnügungs-Leben

Die erste Geige
im Margarine-Handel spielt die bekannte und überall geschätzte Marke

Solo

Ihre erstklassige Qualität, verbunden mit grosser Billigkeit gegenüber der teuren Butter

veranlasste Millionen von Hausfrauen, sie ständig für Tafel und Küche zu verwenden.
Man versuche auch die Delikatess-Margarine

Rheinperle

den beliebtesten Butter-Ersatz der feinen Küche. Ueberall erhältlich!

Allein-Fabrikanten: Hell, Margarine-Werke Jürgens & Priesner, G. m. b. H., Goch (Köln.)

Waisenhof.
Sonntag:
Gr. Tanzfränzchen
Eintritt frei.
Musik ausgef. v. Harmonika-Klub.
Gustav Gipp.

Hansa-Theater
Nur noch 4 Aufführungen!
Täglich abends 8 1/4 Uhr.
Gastspiel des Berliner
Thalia-Theaters.
Der Schlager v. Berlin 1910!
Polnische Wirtschaft.
Posse mit Gesang und Tanz in drei Akten.
50 Darsteller und 50 Darstellerinnen.
Vorzugskarten mit Datum bis 31. Oktober haben Gültigkeit.

Stadthallentheater.
Sonntag, 30. Okt. 7 1/2 Uhr.
Die drei Klingelzüge.
Schwank von Ernst Albert.
Vorverkauf täglich in den bekanntesten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Rob. Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Sonnabend, 29. Oktober. 8 Uhr.
Voll-Ab. 33. Sonnabends-Ab. 7.
Die Förster-Christl.
Operette von Georg Farno.
Sonntag, 30. Okt. Nachm. 3 Uhr.
Außer Abonnement.
Bei Nachmittagspreisen.
Der Herr Verteidiger.
Grosste von Molnar und Galin.
Sonntag, abds. 7 Uhr. Voll-Ab. 39.
Lohengrin.
Grosse Oper von R. Wagner.
Vorläufige Anzeige!
Donnerstag, 3. November. 7 1/2 Uhr.
Gastspiel d. Kgl. Kammerängers
Alois Pennarini
vom Stadttheater in Hamburg.
Tannhäuser. Oper von Wagner.

AUF ALLE FÄLLE
erliche ich Sie bei Anschaffung einer erstklassigen Nähmaschine oder eines Fahrrades von der Firma
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 16,
Fernspr. 1685. Offerten einzuholen. Deutsche Trittnähmaschine, Spät. Singer v. 55 Mk. an; Fahrräder v. 70 Mk. an. Alle Ersatz- und Zubehörteile zu billigsten Preisen.

Guter schnittiger Käse Pfd. 40 Pfg., 4 verschiedene Sorten Käse zum Auskochen, Pfd. nur 60 Pfg. Speck, fett und mager, Pfd. 95 Pfg. Geräucherter Wurst, schnittig, Pfd. 110 und 125 Pfg. Margarine (Vertrauensartikel) sehr schön und billig. Reine Kokosnussbutter, lose, Pfd. nur 60 Pfg. 2 große schlanke Salzgurken 15 Pfg., 4 kleine 10 Pfg. Sommerfangheringe Stück 5 Pfg., 10 Stück 45 Pfg. 2 Pfd. Magdeburger Sauerkohl 15 Pfg.
Eduard Speck, Hüxstraße 80 u. 82.

Konsumgenossenschaftliche Organisationen und Einrichtungen in Deutschland und im Auslande.

Herr M. Krollk, Hamburg, Referent des Zentral-Verbandes Deutscher Konsumvereine, wird über dieses Thema im Ausbreitungsgebiet des Konsumvereins für Lübeck u. Umgegend durch 100 farbenprächtige Lichtbilder illustrierte Vorträge in nachbenannten Orten halten:

- Lübeck:** Am Sonnabend, dem 5. November, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
 - Eutin:** Am Sonntag, dem 6. November, abends 8 Uhr, im Gasthof „Stadt Altona“.
 - Schwartau:** Am Montag, dem 7. November, abends 8 Uhr, im Hotel „Zum Kronprinzen“.
 - Schlutup:** Am Mittwoch, dem 9. November, abends 6 1/2 Uhr, im Gasthof „Zur Post“.
 - Moisling:** Am Donnerstag, dem 10. November, abends 8 1/2 Uhr, in „Schreibers Kaffeehaus“.
- Eintritt frei! Konsumenten, erscheint in Massen!

Grafis 1 Dose
H. Cakes für
50 anschnittene
Hansa-Bons

Hansa-Bakpulver
Hansa-Vanillinzucker

Nährmittel-Fabrik „Hansa“ Hamburg

Die Behauptung des „Lübecker Volksboten“ und des Vorsitzenden der Versammlung ist unwahr. Ich habe geschriben, daß es gar nicht schlecht gewesen wäre, wenn in der Notwehr einige Kugeln getroffen hätten. Diesen Wortlaut kann ich beweisen. Er gibt dem Briefe den entscheidenden Sinn.
Lübeck, 26. Oktober 1910.

Assessor J. Westermick.
Kurz und erbautlich! Schade, daß die Sache nicht klärbar ist. Schon die Behauptung, daß der Uriaasbrief „unter Verleumdungen“ kritisiert worden sei, ist unwahr und soll wahrscheinlich nur die Stimmung der Antikbaltleser zum Wohlwollen für den armen Angeklagten beeinflussen. Das Verlangen nach treffenden Kugeln ist auch dann noch brutal und gefühllos, wenn es wirklich nur so geäußert worden wäre, wie es in vorstehender Erklärung ausgedrückt ist, nämlich ohne direkten Bezug auf die Streikenden. Jeder empfindende Mensch muß doch Abscheu vor unnützem Blutvergießen haben; Assessor Westermick hält solches dagegen für „gar nicht schlecht.“ Wir meinen, unsere Kritik ist da noch sehr milde. Wenn weiter gesagt wird, die Rechtsauskunftsstelle hätte mit dem Brief nicht das geringste zu tun, so mag das ja vielleicht richtig sein — wir können wenigstens das Gegenteil nicht nachweisen. In der Versammlung ist aber auch garnicht geäußert worden, daß der Brief im Auftrage der Rechtsauskunftsstelle geschrieben wurde, sondern nur, daß sein Verfasser auf der bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle tätig ist; und das steht unwiderleglich fest. Die Ziffer 2 der Erklärung des Herrn Assessor Westermick wird am einfachsten auf ihren wahren Wert zurückgeführt, wenn man den Originalbrief dagegen hält. Dieser lautet:

Lübeck, 27. 9. 10.
Anbei den heutigen Bericht der „L.-N.“ über den Tumult am Sonnabend. Darnach leugnet die Zeitung absolut nicht, daß die Tumultuanten Arbeitswillige waren. Die Schuld tragen aber die Streikenden, welche die andern zwingen wollen. Deshalb haben die sich bewaffnet. Es wäre gar nicht schlecht, wenn einige von den Kugeln in der Notwehr auf die Streikenden abgegeben wären und getroffen hätten. Im übrigen hat sich in Ihrem Hause ein Streikender befunden.

Der entscheidende Sinn dieses Schreibens liegt darin, daß es der Reserveoffizier und zukünftige Richter oder Rechtsanwalt Westermick als gar nicht schlecht bezeichnet, wenn einige Kugeln auf die Streikenden abgegeben wären und getroffen hätten. Diese Worte bergen eine so große Gemüts-tiefe, wie man sie sonst nur bei den Arbeitswilligen selbst anzutreffen pflegt. Die Redensart von der Notwehr, die jetzt mit einem Male für den schiefstrotzenden Herrn Assessor den entscheidenden Sinn haben soll, ist umso bedeutungsloser, als die arbeitswilligen Reservolventen von Streikenden überhaupt niemals angegriffen sind und Westermick, wie er schreibt, genau wußte, daß die Tumultuanten Streikbrecher waren. Das hindert wieder den Rechtsbesseren Westermick nicht, ohne Spur von Beweis zu behaupten, die Schuld trügen aber die Streikenden. In seiner Erklärung erwähnt übrigens der Herr Assessor bezeichnenderweise die Streikenden gar nicht, die doch nach seinem Wunsch von den Kugeln getroffen werden sollten. Woher plötzlich dieses Zartgefühl oder die Gedächtnischwäche? Doch damit genug. Uns wäre die Person des Herrn Westermick und sein Verlangen nach blauen Bohnen für um die Besserung ihrer Lebenslage kämpfenden Arbeiter herzlich nebensächlich, wenn aus Assessoren nicht eben auch Richter würden, die es in der Hand haben, das Schicksal der vor ihr stehenden Angeklagten aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung zu bestimmen. Kann ein streikender Arbeiter von Richtern mit derartigen Anschauungen auf Gerechtigkeit hoffen? Doch wohl kaum. Der Assessor Westermick ist aber keine Ausnahmeerscheinung, sondern seine Ansichten sind die vieler Richter, wie so manche schweren Urteile gegen Streikende beweisen. Die meisten der Herren sind nur so vorsichtlos, ihre arbeiterfeindliche Gesinnung nicht dem Briefpapier anzuvertrauen, wie das im vorliegenden Falle geschehen ist. Und noch ein weiteres: Wird ein Mann mit Ansichten des Assessor Westermick in der bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle unparteiischen den Arbeitern Beistand und Hilfe leisten können? Doch wohl schwermütig! Als j. Zt. in der Bürgerschaft die staatlichen Krücken für die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründete Rechtsauskunftsstelle bewilligt werden sollten, da schimpften die Herren Fehling und Klein um die Wette auf das Arbeitersekretariat, von dem sie beweislos behaupteten, daß dort parteiisch-Auskunft erteilt werde im Gegensatz zu der bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle. Unter solchen Umständen ist es denn doch recht erwünscht und nützlich, einmal die schöne Seele eines Juristen der Rechtsauskunftsstelle vor aller Öffentlichkeit bloßzulegen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 28. Oktober.
Bevölkerungsbewegung im Lübeckischen Staate während des Septembers 1910. Die Zahl der Geburten betrug 58 (1909: 46), die der Lebendgeborenen 270 (289) und die der Sterbefälle 128 (118). Der Geburtenüberschuß belief sich demgemäß auf 147 (171). Uneheliche Geburten kamen 31 mal vor. Totgeburten wurden 5 mal registriert.

Quittungskarten dürfen nicht zurückgehalten werden! Es kommen noch immer zahlreiche Fälle vor, daß Arbeitgeber den abgehenden Arbeitern und Dienstboten die Quittungskarten nicht ausshändigen; sie unterlassen das namentlich in Fällen, wenn sie der Ansicht sind, daß die Dienstboten widerrechtlich den Dienst verlassen haben. Nach den bestehenden Vorschriften sind die Arbeitgeber verpflichtet, den Dienstboten und Arbeitern die Quittungskarten zurückzugeben, wenn diese mit der Zurückbehaltung nicht einverstanden sind. Für alle Nachteile, welche den Dienstboten und Arbeitern aus der Zurückbehaltung erwachsen, bleiben die Arbeitgeber verantwortlich. Außerdem können sie mit einer Geldbuße bis zu 300 Mk. oder Haft bestraft werden. — Daß dem so ist, ist natürlich auch den Unternehmern nicht unbekannt. Immerhin aber sind die Versuche der Einbehaltung von Quittungskarten keine Seltenheit. Den Arbeitern und Dienstboten raten wir, sollte der Arbeitgeber die Karte bei Abgang einbehalten, diesen unverzüglich zu belangen. Das ist jedenfalls das beste Mittel, zu seinem Rechte zu kommen.

Der Bezug von Briefmarken durch den Briefträger ist eine Einrichtung, die im allgemeinen wenig bekannt ist und benutzt wird. Von den gangbarsten Marken hat sogar das Bestellpersonal wie die Bahnpostbegleiter einen eisernen Bestand zu führen. Größere Mengen und andere Sorten besorgt jeder Briefträger auf Bestellung. Dies gilt auch

für die neuen Briefmarkenhefte, die am 1. November eingeführt werden. Sie können durch das Bestellpersonal bezogen werden, wenn auch dieses die Hefchen nicht mit sich führt.

Parseeal VI auf der Fahrt von Schwerin nach Kiel. Die Ankunft des Parseeal VI wird in Kiel am Freitag nachmittag erwartet; sie soll durch Schallsignale in der ganzen Stadt und der weiteren Umgebung bekannt gegeben werden. Sobald das Luftschiff in Kiel in Sicht kommt, werden die Sirenen der Werften und Schiffe in Tätigkeit gesetzt. Auf diese einfache Weise werden im Augenblick alle Kreise rechtzeitig von dem Eintreffen unterrichtet. Wenn die Weiterlage es gestattet, wird Sonnabend vormittag die erste Fernfahrt beginnen. Die Fahrt geht voraussichtlich ins östliche Holstein. Die etwa 80 Kilometer lange Strecke nach Neumünster wird in etwa einer Stunde zurückgelegt sein. Von dort geht die Fahrt über Plön nach Malente-Gremismühlen. Diese etwa vierzig Kilometer lange Strecke wird mit einem Aufenthalt in Plön etwa 1 1/2 Stunden, die Fahrt von Plön nach Malente etwa 1/4 Stunde beanspruchen. Von Malente geht die Reise weiter nach Oldenburg i. S. Montag und Dienstag geht B. VI nach dem Norden und nach der Westküste. Wie es heißt, wird der B. VI auf der Rückfahrt auch Lübeck besuchen.

Handelsregister. Am 27. Oktober 1910 ist eingetragen 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma J. S. Vertling in Lübeck. Die dem G. U. J. F. Verram in Lübeck erteilte Procura ist erloschen; 2. die Firma Wilhelm Weigle in Lübeck. Inhaber: W. F. Weigle, Schlachter und Kaufmann in Lübeck; 3. bei der Firma: Hennig von Minden Nachf. Hermann Blaser in Lübeck: fester Inhaber: O. H. Runde, Apotheker in Lübeck. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den Erwerber ausgeschlossen. Die Firma lautet jetzt: Max Runde, vorm. Hennig von Minden Nachf.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr, kommt die erfolgreiche Operette „Die Förster-Schrittl“ von Jarno zur Wiederholung. — Am Sonntag nachmittag 3 Uhr gelangt bei Nachmittagspreisen außer Abonnement die humorvolle Groteske „Der Herr Verteidiger“ von Rosmar und Galin zur Aufführung. — Sonntag, abends 7 Uhr, geht Richard Wagners große Oper „Lohengrin“ in Szene. — In der nächsten Woche wird der Heldentenor Alois Pennarini vom Stadttheater in Hamburg ein Gastspiel als „Lannhäuser“ in Wagners gleichnamiger Oper absolvieren.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Sonntag gelangt der überaus lustige Schwank „Die drei Klingelzüge“ von Ernst Albert, welcher im „Neuen Stadttheater“ mit großem Erfolg am Mittwoch in Szene ging, zur Aufführung.

Cronsförde. Eine Volksversammlung findet am kommenden Sonntag nachmittag 4 1/2 Uhr im Lokale des Herrn König in Oberbiffau statt. In derselben wird Bürgerchaftsmitglied Paul S. W. Lübeck über „Kaiserreden und Lebensmittelwucher“ referieren. Keine Arbeiterfrau, kein Arbeiter sollte in dieser Versammlung fehlen.

Schwartau. Die Wählerlisten zur Gemeinderatswahl liegen bis zum 7. November aus. Arbeiter! Parteigenossen! Seht sämtlich die Wählerlisten ein! Wer nicht in der Liste verzeichnet steht, geht seines Wahlrechts verlustig.

Secret. Volksversammlung. Am Sonntag, dem 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale des Herrn S. Fröhndt eine große Volksversammlung mit folgender Tagesordnung: „Knebelgesetze statt Volksrechte“ statt. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, für einen Massenbesuch zu sorgen.

Katekau. Achtung, Parteigenossen! Am Sonntag, dem 30. ds. Mts., finden bei der Schmiebe in Alt-Teich am nachmittags 1 Uhr, und in Gr.-Zimmendorf 3 1/2 Uhr bei dem Spritzenhause öffentliche Volksversammlungen statt, in denen Genosse Stellung aus Lübeck das Referat über die bevorstehenden Gemeinderatswahlen übernommen hat. Auch findet an demselben Sonntag eine Flugblattverbreitung statt. Genossen, welche daran teilnehmen wollen, werden ersucht, Sonntag morgen 8 Uhr im Lokale der Witwe Kopp anwesend zu sein. Die Teilnehmer an den Volksversammlungen wollen sich um 12 1/2 Uhr am Banzdorfer Bahnhof einfinden.

Kiel. Welchen Schaden hat die verfloßene Ausperrung der Stadt Kiel verursacht? Diese Frage beschäftigte die letzte Sitzung der Kieler Stadtkollegien anlässlich der nachfolgenden, von den Vertretern der Arbeiterschaft eingereichten Interpellation:

„Hat der Magistrat versucht, festzustellen, ob der Stadt durch die durch die letzte Ausperrung der Bauarbeiter herbeigeführte Verzögerung in der Fertigstellung der städtischen Bauten Schaden zugefügt worden ist; event.: gedenkt der Magistrat einen Beschluß herbeizuführen, nach welchem die betreffenden Unternehmer für den dadurch entstandenen Schaden haftbar zu machen sind?“

Der Ausgang der Sache war mit ziemlicher Bestimmtheit vorauszusehen. Nachdem Genosse Niendorf die Interpellation in höchst sachlicher Weise begründet hatte, erklärten sowohl der Oberbürgermeister als auch der Stadtbaurat für Hochbau, daß die bei einzelnen Bauten, so beim Rathausneubau, eingetretene Verzögerung durch intensiveren Arbeit nachträglich eingeholt worden sei. Die verspätete Fertigstellung der Fischhalle, des neuen Krankenpavillons usw. sei nicht auf die Ausperrung zurückzuführen, sondern auf andere Umstände. Beim Bau des Krankenpavillons sei sie eingetreten, das war höchst interessant, weil der Unternehmer, der den Dachstuhl auführen sollte, verjagt habe, unzulässiges Holz, und zwar Tannen, anstatt Kiefernholz, durchgeschmuggelt. Die Arbeit habe daher noch einmal ausgeschrieben werden müssen. Der betreffende Unternehmer sei übrigens nicht identisch mit dem, der seinerzeit beim Rathausneubau ein ähnliches Manöver versuchte; das aber von unseren Genossen ausgedeckt wurde. Für die Verzögerung der Fertigstellung zweier Volksschulbauten seien die Unternehmer ebenfalls nicht haftbar zu machen, weil in ihren Verträgen mit der Stadt die Konkurrenzklausele enthalten sei. Andere Unternehmer wiederum könne man nicht belangen, weil ein nachweisbarer materieller Schaden nicht vorliege. In solchen Fällen sei aus alter Praxis nie ein Anspruch gegen die Unternehmer erhoben worden. Das Hochbauamt aber werde seinerseits noch eingehend untersuchen, inwieweit seitens der Stadt Schadensprüche geltend gemacht werden können, und bei der Schlussabrechnung mit den Unternehmern alsdann das Nötige veranlassen. Genosse Niendorf erklärte darauf, daß die ihm zuteil gewordene Antwort ihn keineswegs befriedige. Wenn Konventionalstrafen festgelegt sind, müßten sie auch innegehalten werden. An die Haftbarmachung bei der Schlussabrechnung glaube er nicht. Nachdem sich von den bürgerlichen Vertretern ein einziger, der Justizrat Döhning, zum Wort gemeldet hatte, um sich gleichfalls im Sinne des Magistrats zu äußern, hatte die Interpellation ihre Erledigung gefunden.

Schleswig. Soldatenmishandlungen. Am Dienstag nahm die Verhandlung wegen der von uns vorgestern gemeldeten Soldatenmishandlungen ihren Fortgang. Der Husar der Reserve N. in Altona, erst Ende September aus dem gleichen Anlaß zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, wurde wegen 21 neuer Fälle gefährlicher Körperverletzung zu einer Gesamtstrafe von sechs Monaten verurteilt, auch wegen Fluchtverdachts sofort abgeführt. Der Gefreite der Reserve B. in Mohrberg bei Gternförde wurde in 32 Fällen für schuldig befunden und erhielt drei Monate Gefängnis. Der Husar der Reserve C. III in Schönfließ, ebenfalls kürzlich mit drei Monaten vorbestraft, erhielt wegen 31 weiterer Mishandlungsfälle und Annahme einer Befehlshafung in neun Fällen eine Gesamtstrafe von vier Monaten Gefängnis.

Lüb. Um 66 Pfennig als Brandstifterin in den Tod gegangen. Die seit langen Jahren von ihrem Mann getrennt lebende 44jährige Frau Marie Kahl geb. Zeppehn, in Werder (Häuserei Nr. 3) bei Lüb. in Mecklenburg wohnhaft, schuldete dem Fiskus 66 Pfennig an Steuern. Als dieser Betrag zwangsweise eingetrieben wurde, erging sich die Frau in Verleumdungen gegen den Beamten. Es kam zur Klage, die in beiden Instanzen zu ihren Ungunsten verlief. Zur Deckung der Gerichtskosten sollte gestern mittag 12 Uhr eine Zwangsversteigerung der ihr gepfändeten Sachen stattfinden. Dieser Umstand ließ einen fürchtbaren Entschluß in der erregten Frau reifen. Morgens gegen 4 Uhr stand die Häuserei in hellen Flammen. Die Dorfbewohner waren bald zur Stelle und veruchten, mit der Spritze des Feuers Herr zu werden. Die Besizerin, Frau Kahl, wurde vermisst, sie war nirgends zu entdecken. Die Fenster wurden eingeschlagen und man hielt den Schlauch auf die Stelle, wo man das Bett vermutete, aber niemand kam zum Vorschein. Die kurze Besichtigung der Stube zeigte nun, daß von innen alle Fenster verbarrikiert war. Nach einiger Zeit entdeckte man auf dem Ofen die halbverkohlte Leiche der Frau. Es stellte sich heraus, daß die Besizerin das auf dem Boden lagernde Stroh in Brand gesteckt und sich dann erhängt hatte.

Schwerin. Nord. In Deven bei Klein-Plasten in Mecklenburg ist ein sechsjähriger Knabe von dem Arbeiter Ludwig Burr aus Möllenhagen ermordet worden. Der Täter ist flüchtig.

Theater und Musik.

In Neuen Stadttheater gelangte gestern abend erstmalig in dieser Spielzeit Webers „Fischerhütchen“ zur Aufführung. Die musikalische Leitung hatte Herr Kapellmeister Pfeiffer, welcher sich der Werke der deutschen Oper mit liebevollem Verständnis angenommen hatte und sowohl das Orchester als auch die Mitwirkenden auf der Bühne zu hervorragenden Leistungen anspornte. Mit einer prächtigen Wiedergabe der Ouvertüre legte die Vorstellung ein. Die tragenden Partien der Oper waren durch die schönsten Stimmen unseres tüchtigen Ensembles vertreten und dürften auch an großen Bühnen kaum besser besetzt werden als hier. Die Darbietungen der Damen Barfk (Agathe), Strecken (Nenchen) sowie der Herren Viktori (Max) und Wallmer (Kaspar) verdienen in jeder Beziehung uneingeschränktes Lob. Um die kleineren Aufgaben waren die Herren Fischer (Ottomar), v. Schenk (Rund) O. A. (Kilian) und Meiner (Gremi) mit Erfolg bemüht. Auch die Chöre hielten sich recht macht. Für eine wirklich stimmungsvolle Inszenierung hatte Herr F. J. Laub gesorgt; ihm war es auch gelungen, die berüchtigte Volksballade mit dem Zauber wilder Romantik zu umweben. Das Bühnenumverhielt sich den vortrefflichen Darbietungen gegenüber durchweg merkwürdig kühl. Nur am Schluß der Vorstellung war der Beifall lebhaft und andauernd.
P. L.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.
Donnerstag, den 27. Oktober.
D. Najaden, Kapl. Stenfeld, von Kopenhagen in 13 S.
D. Cupido, Kapl. Paulmann, von Alborg in 40 S.
D. Fehmarn, Kapl. Schacht, von Fehmarn in 3 1/2 S.
D. Aecania, Kapl. Brindemann, von Rolding in 32 S.
D. Luna, Kapl. Rienschüfel, von Kiel in 14 S.
D. Belle Sel, Kapl. Sand, von Blyth in 5 T.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Mittwoch, den 26. Oktober.
Ludwig Kollberg, Kapl. Balsdon, nach Malmö.
Halland, Kapl. Kollberg, nach Kopenhagen.
Donnerstag, den 27. Oktober.
D. Seeader, Kapl. Mens, nach Wismar.
D. Aeolus, Kapl. Kinteborg, nach Stockholm.
D. Mannhelm, Kapl. Meyer, nach Petersburg.
D. Meta, Kapl. Lomer, nach Kiel.
D. Weser, Kapl. Faje, nach Königsberg.
D. Orri, Kapl. Andersen, nach Hamburg.
D. Zmatra, Kapl. Bierow, nach Wiborg.

Schiffsbewegungen.

D. Gauthiod ist gestern morgen 4 Uhr von Kalmars auf hier abgegangen.
D. Iris ist Mittwoch abend von Wafa auf hier abgegangen.
D. Behr Brabe ist Mittwoch abend von Hangö auf hier abgegangen.
D. Dora ist gestern früh in Memel angekommen.
D. Urania ist gestern morgen 6 Uhr von Medanang auf hier abgegangen.
D. Elbe ist gestern vormittag von Reval in Petersburg angekommen.
D. Kommerzienrat Boedel ist gestern nachmittag von Hamburg auf hier abgegangen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 27. Okt.
Auftrieb 2282 Schweine. Markt langsam. Aber stand 135 Stück.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 67,00 bis 68,00 (54,50 bis 55,00) Mt.; Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 66,00 bis 67,00 (53,00 bis 55,00) Mt.; Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 66,00 bis 66,50 (51,50 bis 52,00) Mt.; Geringere Ware, Tara 24 Proz., 62,00 bis 64,00 (47,00 bis 48,50) Mt.; Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 60,00 bis 61,00 (45,00 bis 49,00) Mt.; Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 54,00 bis 56,00 (42,00 bis 43,50) Mt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul S. W. Mgt., für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: E. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. LÜBECK Holstenstr.

Sehr vorteilhafte Tages-Angebote.

PELZ-STOLAS

Mufflon-Stolas	10 ⁵⁰	8 ⁷⁵	4 ⁵⁰ M
Kanin rasé Stolas	9 ⁷⁵	7 ⁵⁰	3 ⁷⁵ M
Seal electric Stolas	12 ⁵⁰	10 ⁵⁰	7 ⁵⁰ M
Zobel-Murmel Stolas	15 ⁵⁰	9 ⁷⁵	M
Nerz-Murmel Stolas	43 ⁰⁰ bis	29 ⁰⁰	M
Skunks-Stolas	95 ⁰⁰ bis	60 ⁰⁰	M

Fantasie-Pelzgarnituren
Taschen-Muffen u. Kinder-Garnituren
in schöner Konfektion.

WOLLWAREN

Gestrickte Damen-Westen	3 ⁰⁰	2 ²⁵	1 ⁷⁵ M
Mohair Kopf-Schale	Reine Wolle 3eck. Form	1 ⁶⁵	9 ⁵ 6 ⁵ M
Gestrickte Damenschale	lange Form	1 ⁷⁵	1 ⁵⁰ 1 ³⁵ M
Gestrickte Knabenschale		5 ⁵	3 ⁸ M
Gestrickte Männerschale		1 ⁵⁵	1 ²⁵ 8 ⁵ M

HANDSCHUHE

Mädchen-Handschuhe gestrickt	5 ⁵	4 ⁵	3 ⁸ M
Damen-Strick-Handschuhe	Reine Wolle, weiß und farbig	7 ⁵	6 ⁰ 4 ⁸ M
Damen-Trikot-Handschuhe	mit 2 Druckknöpfen	7 ⁵	6 ⁰ 4 ⁸ M
Damen-Trikot-Handschuhe	mit imit. Wildleder- und Plüschfutter	7 ⁵	und 6 ⁵ M

Ein Posten

Damen-Handschuhe 35⁰
Weiße Strick- u. Trikot-Handschuhe m.
angerauhtem Futter durchweg

EIN POSTEN

Damen-Taghemden
mit Trimming, Madapolambogen
und gestickter Passe **1²⁵**

Damen-Beinkleider
aus gebleichtem Körper-Barchent **1⁶⁵**

Damen-Nachtjacken
aus Körperbarchent u. Negligestoff
mit Spitzen, Madapolambogen u.
Stickerei **1⁶⁵**

EIN POSTEN

Frack-Korsette
aus Jacquard-Drell mit Strumpf-
halter **2⁴⁵**

Direktoire-Korsette
aus feinfädigem Drell m. Spitzen-
Garnitur **2⁹⁵**

EIN POSTEN

Herren-Normal-Hemden
Achselschluß **1⁴⁵**

Herren-Normal-Hemden
Vorderschluß **1⁴⁵**

Herren-Normal-Hosen
in durabler schwerer Winter-Qual.

UNTERROCKE

Ein Posten

Gestrickte Mädchen-Unterröcke	durchweg	7 ⁵ M
Damen-Unterröcke	Baumw.-Flanell . . .	1 ²⁵ M
Kalmuck-Unterröcke	m. Jacquard-Bord.	1 ²⁵ M
Anstands-Röcke	aus gestr. Körperbarchent	1 ⁶⁵ M
Barchent-Frauen-Hosen	1 ⁹⁵ 1 ⁶⁵	1 ²⁵ M

2 preiswerte Serien

Weißer Unterröcke
mit Stickerei
aus einer Muster-Kollektion

Wert bis 8⁰⁰ M Serie I **3⁵⁰ M** Serie II **1⁹⁵ M**

STRÜMPFE

Frauen-Strümpfe gestrickt,	Wolle plattiert, deutsch lang	7 ⁵ M	5 ⁵ M
Frauen-Strümpfe	reine Wolle, ge- strickt, deutsch lang	1 ²⁵ M	9 ⁵ M
Damen-Strümpfe	reine Wolle gewebt, engl. lang	1 ⁴⁵ M	1 ¹⁰ M 9 ⁵ M
Getrickte Füsslinge	Wolle plattiert		4 ⁸ M
Graue Herren-Socken	gestrickt		4 ⁸ M
Graue Stricksocken	Landwolle		6 ⁰ M
Reinwoll. Ringelsocken			7 ⁵ M

GROSSE POSTEN

Normal-Hemden, -Jacken, -Hosen,
teilweise aus 1a. Gesundheits-Wolle hergestellt,
leicht angestaubt,
im Preise **25—33¹/₂ Proz.** herabgesetzt.

In der Lebensmittel-Abteilung

Almeria-Gold-Weintrauben	Pfd.	3 ⁵ M
Feinste Tafel-Apfel	Pfd.	1 ² M
Feinste Tafel-Birnen	Pfd.	2 ⁵ M
Pa. Palermo-Zitronen	Dtz.	9 ⁵ 6 ⁵ 5 ⁵ M
Speise-Zwiebeln	10 Pfd.	4 ⁸ M
Canarische Tomaten	Pfd.	3 ⁵ M
Endivien-Salat	2 Kopf	9 ⁰ M
Sellerie, zart	2 Knollen	1 ⁵ M
Rettig, weissen	3 Stück	1 ⁰ M

Schweizerkäse, saftig	Pfd.	6 ⁸ M
Fromage de Brie	Pfd.	7 ⁸ M
Tilsiter Fettkäse	Pfd.	6 ⁸ M
Holländer Käse, alt	Pfd.	9 ⁰ M
Edamer, echter	Pfd.	7 ⁸ M
Münchener Bierkäse	Pfd.	6 ⁸ M
Gorgonzola Ital.	Pfd.	1.20 M
Parmesankäse	Pfd.	1.40 M
Harzerkäse, reif	4 Stück	1 ⁰ M
Schinkenspeck, mager	Pfd.	1.10 M
Speck, fett und mager	Pfd.	9 ⁰ M
Zervelatwurst	Pfd.	7 ⁸ M
Mettwurst, hart	Pfd.	7 ⁸ M
Thüringer Blutwurst	Pfd.	8 ⁰ M
Braunschweiger Mettwurst	Pfd.	1.10 M
Ochsenmaul-Salat	Pfd.	1.— M
Schinken, gekocht und geräuchert	Pfd.	1.80 M

Kakao, garantiert rein	Pfd.	7 ⁸ M
Block-Schokolade, garant. rein	Pfd.	6 ⁰ M
Schleuder-Honig	Pfd.	9 ⁵ M
Zucker, gemahlen	Pfd.	2 ² M
Zucker, Würfel	Pfd.	2 ⁴ M
Lachs, frisch geräuchert	Pfd.	9 ⁵ M
Gänsebrüste, pommersche	Pfd.	1.95 M
Schweineschmalz, garant. rein	Pfd.	7 ⁸ M
Feinste Meiereibutter	Pfd.	1.25 M

Ein Waggon: Braunschweiger Gemüse-Konserven Ernte 1910 enorm billig!

Marmelade in Stanz-Dosen
von
James Keiller & Son
Tangermünde.
Allein-Verkauf für Lübeck.

Gemischte Früchte	2 Pfd.	8 ⁸ M
Pflaumen	2 Pfd.	1.— M
Aepfel, rot	2 Pfd.	1.— M
Aepfel, naturell	2 Pfd.	1.10 M
Johannisbeeren	2 Pfd.	1.30 M
Himbeeren	2 Pfd.	1.45 M
Erdbeeren	2 Pfd.	1.45 M
Aprikosen	2 Pfd.	1.45 M

Im
Erfrischungsraum
2. Stock.

Gebäck von Johs. Köpff,
Hofflieferant.

Bouillon mit Pastete	15 M
1 Glas Bordeaux	15 M
1 Glas Rheinwein oder Mosel	15 M
1 Frühstücksplatte	3 ⁵ M
Hummer mit Mayonnaise	5 ⁰ M
Tasse Kaffee mit Kuchen	1 ⁰ M
Tasse Schokolade mit Sahne	1 ⁵ M
Diverse Torten	2 ⁰ M

Das Fazit der Cholera.

Die Welle der Choleraerkrankungen, die in der letzten Zeit nachließ, hat die allgemeine Erregung in Rußland wie in den angrenzenden europäischen Ländern, die von der Epidemie direkt bedroht waren, wieder zum Stillstand gebracht. Als die Epidemie im August ihren Höhepunkt erreichte, war es kein Geringerer als der bekannte Choleraforscher Professor Dr. Rudolf Kraus, der in der „Neuen Freien Presse“ eine gemeinsame Aktion der europäischen Länder gegen Rußland, eine Art Sanitätsdelegation nach Art der Genfer Konvention forderte, um gegen die Seuchengefahr aus dem Osten anzukämpfen. Und auch in Rußland schien es für kurze Zeit, als wolle sich die Regierung zum Kampf gegen die Cholera aufraffen, die das Land mit einer Katastrophe bedrohte. Nun aber, wo die Cholerabulletins nur von Hunderten statt der früheren Zehntausende berichten, hat sich auch die Erregung in den westeuropäischen Staaten gelegt, die Drohungen mit einer gemeinsamen Aktion gegen Rußland sind auf dem Papier geblieben, und in Rußland selbst geht alles wieder seinen gewohnten Gang, ohne daß auch nur die geringsten Maßregeln getroffen worden sind, um die Seuchengefahr im nächsten Frühling abzuwenden.

Es wäre auch ein zweckloses Beginnen, wollte die Petersburger Regierung den Kampf gegen die Cholera mit Palliativmitteln aufnehmen. Die Cholera ist eine notwendige Folgeerscheinung des gesamten durch und durch verfaulenden absolutistischen Regierungssystems, und nur mit der Beseitigung der letzteren wäre ein erfolgreicher Kampf gegen die Cholera möglich. Solange die heutigen Verhältnisse in Rußland andauern, wird die Epidemie jährlich in verstärktem Maße wiederkehren und ständig eine furchtbare Gefahr für die westeuropäischen Staaten darstellen.

Interessante Angaben über den Verlauf der diesjährigen Epidemie, wie die Art und Weise ihrer „Bekämpfung“, liefert ein Artikel in der Moskauer marxistischen Zeitschrift „Schtin“, für die der Redakteur vom Stadthauptmann mit einer Strafe von 500 Rubel bedacht wurde. Die Epidemie von 1910 hat die in den vorhergehenden Jahren stattgefundenen weit in den Schatten gestellt. 1908 forderte die Cholera in Rußland ca. 17 000 Opfer, 1909 bereits 28 000, und in diesem Jahre belief sich die Zahl der Erkrankten nur bis zum 20. August auf 170 853, von denen 77 486 starben! Dies sind die offiziellen Angaben, die natürlich die wirklichen weit hinter sich zurücklassen, da es zu den Gebräuchen der russischen Bureaucratie gehört, Nachrichten über eine unliebsame Erscheinung zuerst zu unterdrücken und dann auf die schmachlichste Weise zu fälschen. Aber selbst nach diesen unvollständigen Angaben ergibt sich ein entsetzliches Bild der Verwüstungen, die die Epidemie angerichtet hat. Bloß in vier Gouvernements, wo die Cholera am ärgsten wütete (Kubangebiet, Donezgebiet, Jekaterinoslaw und Samara) erkrankten bis zum 20. August 68 612 Personen, von denen 32 483 starben. Der Prozentsatz der Todesfälle, der sich im Durchschnitt auf 45,5 Proz. belief, illustriert am besten die vollkommene Hilfslosigkeit, in der die Bevölkerung sich befand, und die Art und Weise, wie dieses nationale Unglück von der Regierung „bekämpft“ wurde.

Es versteht sich von selbst, daß der ungeheure Teil der Opfer sich aus den ärmsten Klassen der Bevölkerung, aus den Arbeitern und Bauern rekrutierte. Bei der sanitären Rückständigkeit der russischen Städte, von denen nur ein Sechstel Wasserleitungen und ein Dreisechstel Kanalisation besitzt, bei der Herrschaft der reaktionärsten Elemente der Bourgeoisie in den städtischen Körperschaften, ist es kein Wunder, daß gerade die Städte, und vor allem die Haupt- und Residenzstadt Petersburg, zum Ausgangspunkt der Seuche wurden, die sich dann über das ganze Land verbreitete und in dem gewaltigen in Finsternis und Unkultur zurückgebliebenen russischen Dorf die zahlreichsten Opfer forderte. Ihren Höhepunkt erreichten die Schrecknisse der Epidemie in dem Rayon der sibirischen Montanindustrie, wo die Sterblichkeitsziffer eine solche Höhe erreichte, daß die Arbeitermassen schließlich zu dem einzigen Mittel der Selbsthilfe griffen, indem sie fluchtartig die Bergwerke verließen.

Der Verlauf der Epidemie in diesem Rayon ist überhaupt charakteristisch für die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der russischen Arbeiterschaft und der Haltung der russischen Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse. Der Dumaabgeordnete Genosse Kusnezow, der die von der Cholera betroffenen Kreise des Gouvernements Jekaterinoslaw persönlich besuchte, schreibt über die Lebensbedingungen der Bergarbeiter folgendes: „95 Prozent der Arbeiter des Donezgebietes leben in Fabrikhäusern und Kasernen, die nur einen Lehmofen haben; die Arbeiter schlafen auf dem nackten Fußboden, einige Personen in einem kleinen Raum. Der Mangel an Speiseräumen auf den Fabriken und vor allem auf den Bergwerken, die niedrigen Arbeitslöhne, oft der Mangel an Trinkwasser, die Unkultur der Arbeiterbevölkerung — alle diese Bedingungen spielten bei der Choleraepidemie die wichtigste Rolle. Die Glendbilder, deren Zehner ich war, wurden ergänzt durch die Massenflucht der Arbeiter. Die Arbeiter flüchteten; selbst ohne ihren Lohn abgeholt zu haben, nur um von den Bergwerken und Fabriken fortzukommen. Von morgens bis spät in die Nacht schleppten sie sich mit all ihrem Hausgerät zu den Bahnhöfen. Einen besonderen Massencharakter nahm diese Flucht anfangs Juli an, als die Epidemie ihren Höhepunkt erreichte. Das war eine wahre Völkerwanderung: die Eisenbahnzüge konnten die Flüchtenden nicht aufnehmen, die selbst für ihre letzten Großen Willerte zweiter Klasse lösten, um schneller fortzukommen.“ Nach den Angaben der industriellen Verbände klieben auf 18 großen Kohlenbergwerken zum 13. Juli von 96 000 Arbeitern bloß 28 000 zurück. Diese Erscheinung verfestigte die Unternehmer in Entsetzen. Solange die Arbeiter ruhig an der Cholera starben, waren die Unternehmer ruhig. Es gab ja genügend Arbeitslose, die an die Stelle der Verstorbenen treten konnten. Aber die Flucht der Arbeiter vernichtete alle Berechnungen der Kapitalisten. Sie hatten sich nicht die geringsten Gewissensbisse gemacht, die Arbeiter in gesundheitsgefährlichen Löhren und Hütten wie das Vieh zusammenzupacken, ihren Arbeitslohn zu kürzen, ihre Arbeitszeit zu verlängern, sie durch Strafen und sonstige Ausnahmen zu terrorisieren, sie aller ihrer Hilfsmittel zu berauben, die die Selbsttätigkeit der Arbeiter fördern konnten. Aber als die Massenflucht der Arbeiter einsetzte und der Betrieb auf den meisten Werken eingestellt werden mußte, schrien die Kapitalisten Zetermordio und appellierten an die Petersburger Regierung, um der bedrohten sibirischen Montanindustrie zu Hilfe zu kommen. Und nun

spielte sich ein Intermezzo ab, das das ganze Glend der russischen Verhältnisse kraft hervortreten ließ. Die Regierung entließ an der Spitze einer Sanitätsabteilung des Roten Kreuzes den Vorsitzenden des Medizinalrates, Professor Rein, mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüstet, nach dem Epidemierayon. Die Montanindustriellen atmeten auf, da sie sich der Hoffnung hingaben, daß die Regierung nun auch die Kosten des Kampfes gegen die Cholera auf sich nehmen werde. Hier aber erwies sich die Regierung unbesonnen und konsequent. Der Vertreter der Regierung verlangte, daß Speiseräume für die Arbeiter eingerichtet, ihre Arbeiterwohnungen verbessert würden, da sonst die Epidemie nicht bekämpft werden könne. Die Industriellen aber erklärten, daß diese Maßnahmen die Montanindustrie zugrunde richten müßte und entließen ihre Delegierten mit Protesten und Denunziationen nach Petersburg.

Die Arbeitermassen waren natürlich jeder Möglichkeit beraubt, selbständig den Kampf gegen die Cholera aufzunehmen. Da fast sämtliche Gewerkschaften und sonstige Arbeiter-Organisationen in diesem Gebiet vernichtet sind, stand die Arbeitermasse, deren Kulturniveau hier ohnehin niedriger als sonst ist, vollständig desorganisiert der Epidemie gegenüber. Als aber der Abgeordnete des Gouvernements, Genosse Kusnezow, um die Genehmigung nachsuchte, die Bergwerke und Fabriken aufzusuchen, um wenigstens persönlich auf die erregte Arbeitermenge einzuwirken, erhielt er von dem stellvertretenden Gouverneur folgenden klassischen Bescheid: „Ihre Ankunft wird unvermeidlich zu Arbeiter-Versammlungen führen, aber jede Versammlung, an der Sie teilnehmen sollten, werde ich gezwungen sein, zu verhaften!“

So kämpfte die zarische Bureaucratie gegen die Cholera-gefahr, die ihr minder wichtig erscheint, als die Gefahr der Aufrüttelung der Massen durch die sozialdemokratische Aufklärung.

Kommunales.

Ein starrer Bürgermeister. Eine seltsame Affäre hat sich in Duerfurt, einem etwa siebentausend Einwohner zählenden Städtchen in der Provinz Sachsen, zugetragen. Man schreibt der „Berl. Volksztg.“ darüber: Der Ort war bis vor einem Jahrzehnt ein reines Ackerbürgerstädtchen, bis sich dort einige Industrie niedergelassen hat, wodurch in das Städtchen auch der Liberalismus Einzug gehalten hat, zum Entsetzen der bis dahin tonangebenden konservativen Elemente. Die Verhältnisse spitzten sich immer mehr und mehr zu, wodurch die reaktionären Elemente zu um so größerem Widerstande gereizt wurden. Um zu zeigen, „wer Herr im Hause ist“, ergriff der Bürgermeister Müller Maßnahmen, die wiederholt die Mißbilligung der übrigen Magistratsmitglieder, Magistratsassessoren gefielen, fanden. Infolge dieser Differenzen legten am 8. September dieses Jahres sämtliche Magistratsassessoren als Protest gegen die Maßnahmen des Bürgermeisters ihr Amt nieder. Am 15. September wurden die sämtlichen streikenden Magistratsassessoren wiedergewählt. Sie sind auch vom Regierungspräsidenten bestätigt worden. Bei der nun erfolgten Wiedereinführung der Magistratsassessoren hielt der Bürgermeister eine Ansprache, die charakteristisch dafür ist, wohin sich ein in seinem Autoritätsdünkel durch den Landrat unterstützter Bürgermeister versteigen kann. Der Bürgermeister führte unter anderem aus:

„Meine Herren wiedergewählten Magistratsmitglieder! Sie wollen nunmehr doch wieder mit mir gemeinsam arbeiten. Bevor ich Sie aber in Eid und Pflicht nehme, mache ich Sie zunächst auf meine Stellung und auf Ihre Stellung aufmerksam. Ich werde mich von diesem Posten durch keinen Menschen verdrängen lassen. Andererseits gebe ich von neuem die Versicherung, daß meine Amtshandlungen nie aus Eigenmuth geschehen. Sie aber, meine Herren Magistratsmitglieder haben die Pflicht, im Magistratskollegio mit dem Bürgermeister gemeinsam, ohne Leidenschaft zu beraten und zu beschließen zum Wohle und Besten unserer Stadt. . . . Vermöge seines Aufsichtsrechtes ist der Bürgermeister der Vorsetzer aller Magistratsmitglieder. Sie sind also verpflichtet, dem Bürgermeister unbedingte Gehorsam zu leisten und jede Auskunft über die zu Ihrem Ressort gehörigen Geschäfte mündlich oder schriftlich zu erteilen. Und nun, meine Herren neugewählten Magistratsmitglieder, hoffe ich, daß Sie sich über Ihre Stellung mir gegenüber fortan im Klaren sind.“

Bevor der erste Magistratsassessor den Eid leistete, wies er darauf hin, daß die Magistratsmitglieder zueinander in einem kollegialen und nicht in einem Subordinationsverhältnis stehen und richtete unter Hinweis auf die Städteordnung eine Anfrage an den Bürgermeister, deren Beantwortung dieser aber sich verweigerte. Hierauf ließen sich dann die Magistratsassessoren vereidigen. Wie nach diesen Vorgängen das Zusammenarbeiten des Bürgermeisters mit den ehrenamtlichen Magistratsmitgliedern ausfallen wird, kann man sich ungefähr ausmalen.

Bilder aus dem Kapitalistenstaate.

Das Gepäck der Milliardärin.
Von dem jährlichen Toilettenbudget der amerikanischen Milliardärgattinnen gewinnt man eine kleine Vorstellung, wenn man hört, daß Mrs. William K. Vanderbilt, als sie vor einigen Tagen auf dem Lloyd-Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“ im Hafen von Neuport landete, den Zollbeamten freiwillig erklärte, Toiletten und Hüte im Gesamtwerte von 17 980 Dollars aus Paris bei sich zu führen. Mrs. Vanderbilt war allerdings von zwei Töchtern erster Ehe, Miss Margaret und Miss Barbara Kutherford, begleitet, und einige der Toiletten und Hüte sind für diese und nicht für sie selbst bestimmt. Die Zahl ihrer Gepäckstücke betrug — 45 Koffer und Schachteln. Zwei Zollinspektoren hatten lange zu tun, bis sie alles durchgesehen und ein Inventar aufgenommen hatten. Das Ergebnis war, daß Mrs. Vanderbilt die hübsche Summe von 44 000 Mk. — 11 000 Dollars — bezahlen mußte; denn bekanntlich ist der Zoll auf ausländische Luxuswaren der bezeichneten Art in den Vereinigten Staaten außerordentlich hoch. Mrs. Vanderbilt teilte den Beamten

des ferneren mit, daß sie Schmuckgegenstände im Werte von 200 000 Dollars, also 800 000 Mk. bei sich führe, doch seien diese sämtlich in Nordamerika gekauft und demzufolge dem Zoll nicht unterworfen. So hatte sie bloß 11 000 Dollars zu zahlen und konnte mit ihren Töchtern ungehindert im Auto ihrem Palast in der Fünften Avenue zurufen.

Auf der Wandstraße verhungert.
Aus Krefeld wird berichtet: Auf der Höhe nach Bitterbeck zu wurde am Dienstag ein völlig ermatteter Wanderer gefunden. Der Mann wurde in das Gemeindehaus gebracht, wo er während der Nacht infolge Entkräftung gestorben ist. Bei der gerichtlichen Leichenschau ergab sich, daß der arme Zweifellos durch Hunger und Entbehrung seinen Tod gefunden hat. Er war nur mangelhaft bekleidet und voll Ungeziefer. Es handelt sich um einen 58-jährigen Mann mit Namen Wilhelm Jacob aus Golmbach bei Stadoldendorf. Seine Heimat hat er seit mehr als 30 Jahren nicht gesehen, weshalb sich wohl auch dort niemand mehr um ihn befummerte.

Natürlich ist es trotz solcher „Einzelfälle“ mit unferer göttlichen Weltordnung aufs glänzendste bestellt und für den Armen ist die Komposition immer gefüllt!

Radbodprozeß.

Der Sachverständige Mantel kommt dann u. a. auf die Frage zu sprechen, ob die Ursache des Unglücks in einem plötzlichen starken Gasausbruch zu suchen sei, zu welcher Vermutung der früher erwähnte große Spalt geführt habe. Obwohl in Deutschland ein derartiger Fall bisher nicht zu verzeichnen gewesen, sei die Möglichkeit eines solchen Vorganges nicht als ausgeschlossen zu bezeichnen. Bezüglich der Frage, ob auf Radbod Explosionen von Schlagwettern (Galen) oder eine Kohlenstaubexplosion vorliege, sei zunächst zu beachten, daß der Kohlenstaub mehr oder minder große Mengen von Gasen enthalte. Werde der Kohlenstaub nun auf 40 Grad C. erhitzt, so explodiert er. Da das aber durch eine Explosion der Gase erfolge, so müsse man hier eine Kombination von Grubengas- und Kohlenstaubexplosion annehmen. — Die ständige Verieselung sei auf Zechen wie Radbod unbedingt erforderlich. Allerdings leide das Gebirge darunter sehr, und es komme deswegen vor, daß den unteren Beamten von oben gesagt werde, man solle es mit dem Verieselung nicht so genau nehmen. Die Verieselungsanlage auf Radbod sei also technisch mangel- und fehlerhaft zu bezeichnen.

Nach Erstattung dieses übrigens sehr eingehend begründeten Gutachtens wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Bemerkte sei noch, daß der Nebenkläger Andree die größten und umfangreichsten Anstrengungen machte, die beiden Gutachter, besonders Herrn Werner, zu Konzessionen zu zwingen, wobei ihm der tgl. Berginspektor Hollender, wie überhaupt bei den ganzen Verhandlungen fleißig sekundierte!

In der Donnerstag-Sitzung kommt als dritter Gutachter Genosse Hansmann zum Wort, der eine dreißigjährige Tätigkeit als praktischer Bergmann hinter sich hat. Er betrachtet als Ursache des Unglücks das Zusammenreffen der verschiedensten Mißstände, wie Kohlenstaub, Mangel an Wasser, Mangel an Material, Hohlräume, Schlagwetter und mangelhafte Wetterung, Hohlräume, in welchem Umfang, wie sie hier festgestellt waren, können ohne Kenntnis der Beamten unmöglich vorkommen. An der einen Stelle seien allein 1000 Kubikmeter Gase gewesen. Das Belassen von Hohlräumen hatte sich auf Radbod zur Gewohnheit ausgewachsen, dafür spricht auch die Tatsache, daß der Sicherheitsmann auf Radbod Wittwoch bei der ersten Einfahrt mehrere solcher Hohlräume neu entdeckt hat. Wertwürdig sei auch, daß der königliche Berginspektor, der selber die Zechen Radbod als gefährlich erklärt, und deshalb die meisten seiner Inspektionen auf Radbod vorgenommen hat, nichts gefunden hat. Ich als einfacher Bergmann würde aber nach Lage der Sache die Mißstände zweifellos vorgefunden haben, zum mindesten die Wetterlöcher. Es liegt nun allerdings eine erhebliche Fahrlässigkeit vor. Da versucht worden ist, die Schuld an dem Unglück dem unvorsichtigen Umgehen mit einer Wetterlampe, also indirekt den Bergarbeitern, in die Schuhe zu schieben, fragt der Verteidiger seine den Sachverständigen, ob eine Lampe auch ohne die Schuld des Arbeiters die Ursache einer Explosion werden könne. Der Sachverständige bejaht diese Frage, bestritt aber die Behauptung des Nebenklägers Andree, daß auch in jüngerer Zeit noch unerlaubtes Öffnen der Wetterlampe in der Grube sehr häufig vorkomme. Der Sachverständige Hollender verteidigt die Zechenverwaltung hinsichtlich der technischen Mängel der Wasserleitung. Diese habe mehr Wasser geliefert als notwendig gewesen sei. Die Wetterung sei genügend gewesen. Ein plötzlicher Gasausbruch aus dem Spalt sei nicht unwahrscheinlich. Es liege aber näher, daß durch das Niederschlagen des 20 Meter starken Sandsteingebirges ein außerordentlich starker Gasausbruch eingetreten sei, der den Stoff zur Explosion geliefert habe. Die Explosion sei höchstwahrscheinlich durch eine schadhafte Lampe verursacht worden, wobei durchaus nicht gesagt sein soll, daß ein Vergehen eines Arbeiters in Frage komme. Es handelte sich aber nur um eine Schlagwetter- und nicht um eine Kohlenstaubexplosion. Die Kontrolle sei eine richtige gewesen, da man gewußt hätte, daß ein Wetterloch die Zechen Radbod sei. Der Sachverständige kritisiert dann das Gutachten der Genossen Hansmann, der demgegenüber mit Bestimmtheit erklärt, daß er an dem, was er gesagt habe, unter allen Umständen festhalten müsse.

Der Oberbergkat Kallheuer sagt in seinem Gutachten u. a., Unregelmäßigkeiten kämen in allen großen Betrieben vor, bei einem eventl. Unglück gewannen sie lediglich nachträglich größere Bedeutung. Die Verieselung an sich habe genügt, aber es habe an den sonstigen Umwelungen gefehlt. Hohlräume müßten bei Zechen wie Radbod vermieden werden. Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt verweist auf den eigentlichen Gegenstand der Anklage, namentlich auf das bekannte Gespäch. Der Wahrheitsbeweis sei für das Gespäch nicht gelungen. Dem Angeklagten stände der § 199 zur Seite. Er sei aber in der Form über diesen Rahmen hinausgegangen, er beantrage deshalb wieder eine Geldstrafe von 300 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: Th. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

